Morgen-Ausgabe
Nr. 29 A 15 50. Jahrg.

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher A 7 Amt Dönhoff 292 bis 297
Telegrammadresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

BERLINER VOLKSBLATT

MITTWOCH
18. Januar 1933

In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts..... 15 Pf.
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise siehe am Schluß des redaktionellen Teils

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Sozialversicherung in Nöten

Wissells deckt die Schwierigkeiten auf — Regierung muß bestätigen

Im Haushaltsausschuß des Reichstags wurde gestern die allgemeine Aussprache so weit geführt, daß heute Mittwochvormittag der Reichswirtschaftsminister Warmbold, wie er ankündigte, auf die an ihn gestellten Fragen antworten kann.

Die Nationalsozialisten waren an der gestrigen Debatte überhaupt nicht beteiligt, sie schwiegen zu allen Wirtschaftsfragen. Man hatte den Eindruck, daß sie mit anderen Problemen beschäftigt waren; sie waren meist im Haushaltsausschuß überhaupt nicht anwesend, doch gegen Schluß der Beratungen fanden sie sich wieder ein.

Nach einer Art Nachlese, also einer Debatte zu Einzelfragen, die für das Zentrum durch den Abg. Schlack erledigt wurde, der ebenfalls den Regierungsoptimismus kritisch beleuchtete, kam es zu einer grundsätzlichen Stellungnahme der Sozialdemokraten, zu den vom Arbeitsminister Syrup angeschnittenen sozialpolitischen Fragen.

Abg. Wissell (Soz.)

besprach zuerst die Verschlechterung der Leistungen in der Krankenversicherung, die mehr als 42 Proz. beträgt. Das müsse sich auf die Volksgesundheit bedenklich auswirken. Auch in der Unfallversicherung seien die Leistungen zweimal abgebaut worden. Jetzt bestünden sogar Bestrebungen, die Unfallverhütung abzubauen. Weiter fragte Wissell, wie es mit der Lage der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften stehe, die mit ihren Beiträgen erheblich im Rückstande seien. Dann wies er darauf hin, daß man in der Invalidenversicherung sehr stark von den Vermögensreserven zehre. Man müsse befürchten, daß die Invalidenversicherung auf diesen Weg immer weiter gedrängt werde.

Zur Arbeitslosenversicherung

müsse deutlich festgestellt werden, daß das ganze Versicherungssystem zerschlagen worden sei, von einer Versicherung könne man überhaupt nicht mehr sprechen. Der Minister habe angegeben, daß bei der Arbeitslosenversicherung für 1932 rund 1020 Millionen Mark Beitragseinnahmen sich ergeben hätten und 721 Millionen Versicherungsausgaben. Diese Ziffern seien irrig. Bei den Versicherungsausgaben seien 55 Millionen für die Aussteuerung der Krisenfürsorge und

25 Millionen für den freiwilligen Arbeitsdienst eingerechnet, beide Ausgaben seien an sich keine Angelegenheit der Arbeitslosenversicherung.

Abg. Wissell wies weiter darauf hin, daß die Sozialdemokratie schon lange die Zusammenfassung der Krisenfürsorge und der kommunalen Wohlfahrtspflege für Arbeitslose zu einer einheitlichen Arbeitslosenfürsorge verlangt habe. Wie stehe es damit? Dabei wäre auch das Problem einer Krankenversicherung und einer Sicherung der in den anderen Zweigen der Sozialversicherung erworbenen Anwartschaft für diejenigen zu lösen, die heute als Wohlfahrtserwerbslose der Gefahr des Erlöschens der Anwartschaft ausgesetzt sind.

Weiter erörterte Wissell das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung, wobei er es auf seine wirkliche Größe zurückführte. Arbeitsbeschaffung sei gut, aber besser sei es, zu versuchen, die vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten zu erhalten. Dazu sei die 40-Stunden-Woche durchaus brauchbar. Wie stehe es mit der Gefahr, daß

Einstellungsprämien von einzelnen Konzernleitungen auf die Art einkassiert werden, daß sie in anderen Betrieben ihres Machtbereiches eine entsprechende Anzahl Arbeiter entlassen? Solche Fälle sind bereits bekanntgeworden.

Die wirklichen Reichtumsquellen Deutschlands lägen nicht in Kohlengruben oder im Körnerbau, sondern in der unübertroffenen arbeitstechnischen Schulung des deutschen Volkes. Diese müsse erhalten werden, statt daß man schwerindustrielle oder großagrarische Interessen stütze.

Verlegene Antworten

Auf die Fragen Wissells wurde von den zuständigen Abteilungsleitern des Reichsarbeitsministeriums sofort geantwortet. Man mußte zugeben, daß die Unfallversicherung in den Jahren 1933 und 1934 noch schwere Sorgen machen werde, denn die Ausgaben sinken langsamer als die Einnahmen, da diejenigen Unternehmen, die noch beschäftigt sind, auch diejenigen Lasten mitzutragen hätten, die aus seither stillgelegten Betrieben erwachsen seien. Bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften würden die Schwierigkeiten noch größer sein, selbstverständlich müßten die aufgelaufenen Postvorschüsse abgebaut werden, aber das werde nicht einfach sein.

Die Invalidenversicherung sei in der schwersten Lage. Es sei richtig, daß sie bereits ein Viertel ihres Vermögens habe zusetzen müssen, um ihre Ausgaben tragen zu können. Auch 1933 werde die Invalidenversicherung monatlich mindestens 10 Millionen Mark aus ihrem Vermögen verbrauchen. Das werde 1934 wahrscheinlich sogar auf 15 Millionen Mark monatlich steigen. Die Sanierung der Invalidenversicherung sei ein Problem, das bald gelöst werden müsse. Die Invalidenversicherung sei auf die Dauer im Umlageverfahren nicht zu halten.

Chinesische Gegenoffensive

Vormarsch auf Mukden

Aus Charbin wird gemeldet: 30 000 Mann chinesische Truppen rücken auf Tunglias (nordwestlich von Mukden) vor. Sie beabsichtigen, Mukden anzugreifen. Man sieht in der Mandschurei der Entwicklung der Lage mit großer Besorgnis entgegen.

In Genf wird weiter geschoben

Eigener Bericht des „Vorwärts"

Genf, 17. Januar.

In der Neunzehnerkommission der Völkerbundsvollversammlung soll offenbar mit China ein falsches Spiel getrieben werden. Am Dienstag ist die Antwort Japans auf die abgeänderte Entschließung des Komitees aus Tokio eingetroffen. Wie zu erwarten war, nimmt die japanische Regierung die neue Entschließung an, wünscht aber, daß in das vorgesehene kleine Verständigungskomitee für die Verhandlungen mit den Parteien nur Mitglieder des Völkerbundes einbezogen werden sollen. Der Entwurf sah vor, daß die Vollversammlung Mitglieder und Nichtmitglieder einbeziehen kann. Japan will aber vor allem nicht, daß Amerika in dem Komitee vertreten ist und somit die letzte und kleinste Möglichkeit irgendeines Druckes auf die Entscheidungen ausschalten. Es besteht nun die Absicht, wenn eine Einigung über die Resolution einmal mit Japan erfolgt ist, den Chinesen unter Druck diese Einigung aufzuzwingen, obwohl die chinesische Delegation vor der Sitzung des Neunzehnerkomitees keinerlei Kenntnisse von den ungeheuer wichtigen Abschwächungen des ursprünglichen Resolutionsentwurfs gehabt hat.

*

Für das illoyale Verhalten des Völkerbundes China gegenüber trägt vor allem der demnächst scheidende Generalsekretär Sir Eric Drummond die volle Verantwortung. Er ist es gewesen, der hinter dem Rücken des Vertreters Chinas und wohl übrigens der meisten Kommissionsmitglieder, seine Zustimmung zu den von Japan verlangten Verschlechterungen des Resolutionsentwurfs gegeben hat. Daß der belgische Kommissionsvorsitzende Hymans dieses Vorgehen zumindest nachträglich gedeckt hat, ist für ihn keine Entschuldigung. Diese diplomatische Kulissenschiebung, die übrigens einen Affront sowohl für Amerika wie für Rußland bedeutet, ist durch einen scharfen Artikel des „Manchester Guardian" enthüllt worden. Durch seine Weigerung, die abgeänderte Entschließung anzunehmen, hat der chinesische Vertreter Dr. Yen das Spiel durchkreuzt und die Mächte gezwungen, endlich Farbe zu bekennen.

In dieser Situation kommt China einmal die kräftige militärische Gegenoffensive seiner Truppen in den Nordprovinzen, ferner aber auch der endlich gefaßte Entschluß Amerikas zugute, aktiv gegen den japanischen Annexionismus Stellung zu nehmen. Hätte sich Hoover zu seiner jetzigen Haltung, die übrigens gestern von Roosevelt ausdrücklich gebilligt worden ist, ein Jahr früher entschlossen, dann wäre vielleicht manches anders gekommen.

Indem Sir Eric Drummond zugunsten Japans eingriff, handelte er offensichtlich im Einvernehmen mit den englischen Konservativen, die nach wie vor aus handelspolitischen, vielleicht auch aus antibolschewistischen Gründen jede Stellungnahme gegen die japanischen Militaristen ängstlich vermeiden und, wie die gestrige Londoner Tory-Presse beweist, auch jetzt noch bemüht sind, die Japaner in Schutz zu nehmen.

Japan wütend auf Amerika

Tokio, 17. Januar.

Die aus Washington und Paris hierher übermittelte Nachricht, Amerika habe den europäischen Regierungen mitgeteilt, daß es die Weiterführung der Genfer Verhandlungen auf Grund des Lytton-Berichts wünsche und den mit Waffengewalt von Japan geschaffenen Zustand nicht anerkennen werde, hat hier stark verstimmt. Im japanischen Außenministerium wird erklärt:

Amerika trage die Verantwortung (!) dafür, daß sich die japanisch-amerikanischen Beziehungen in dem Augenblick zuspitzen, in dem über den Genfer Kooperationplan fortschreitend verhandelt werde. (?) Japan müsse ein derartiges Vorgehen Amerikas als beabsichtigt unfreundlich und als eine „gewollte Trübung des sich klarenden Wassers" ansehen.

Tokio-Instruktionen nach Genf

Das Kabinett hat die der japanischen Delegation in Genf telegraphisch zu übermittelnden Instruktionen gebilligt, in denen, wie verlautet, gegen die Einladung der Nichtmitglieder des Völkerbundes zur Teilnahme an den Arbeiten des Neunzehnerausschusses Widerspruch erhoben wird. Auch soll Japan verlangen, daß der Neunzehnerausschuß sich jedes Eingreifens in die direkten Verhandlungen zwischen China und Japan enthalte.

Hoovers Philippinen-Veto überstimmt

Washington, 17. Januar.

Der Senat nahm am Dienstag mit Zweidrittel-Mehrheit die Philippinen-Vorlage an, wodurch das von Hoover bereits im Abgeordnetenhaus ohne Erfolg eingelegte Veto endgültig überstimmt worden ist. (Hoover hatte gegen das Gesetz, durch das den Philippinen die Unabhängigkeit ab 1943 gewährt wird mit der Begründung Einspruch erhoben, daß sie zur leichten Beute Japans werden würden. Red.)

Und wieder Wahlen!

Aber was dann weiter?

Und wer das Lied nicht weiter kann,
der fängt es wieder vorne an.

Seit die Feinde der Demokratie in Deutschland obenan sind, leiden wir an einem Uebermaß von „Demokratie"! Würde das Wesen einer demokratischen Staatsordnung darin bestehen, daß das Volk alle Nasen lang um seine Meinung gefragt wird, so wäre Deutschland jetzt das demokratischste Land der Welt. Die Landtagswahl in einem Zwergstaat, der weniger Einwohner hat als ein mittelgroßer Bezirk in Berlin, wird mit einer Spannung erwartet, als entscheide sich bei ihr das Schicksal der Welt — und tatsächlich wird der Wahlausfall für eine Partei, die programmatisch das allgemeine Wahlrecht verachtet, zum entscheidenden Faktor ihrer Politik. Nachdem die Nationalsozialisten in Lippe einen Teil ihrer Novemberverluste wieder wettmachen konnten, haben sie sich, wie es scheint, entschlossen, eine neue Reichstagsauflösung zu riskieren und sich in einen neuen Wahlkampf zu stürzen.

Auch dieser neue Wahlkampf kann aber die Entscheidung nicht bringen, um die sich die regierungsunfähige „nationale Rechte" schon seit Jahr und Tag herumquält. Die Nationalsozialisten werden im Februar 1933 ebensowenig die Mehrheit erobern, wie ihnen das im Juli und November 1932 gelungen ist. Sie werden nach der dritten Reichstagswahl, die in Deutschland innerhalb von zwölf Monaten ausgefochten werden soll, ebenso unschlüssig und ratlos dastehen wie nach der ersten und nach der zweiten.

Die Nationalsozialisten spielen mit ihren Anhängern und mit dem ganzen deutschen Volk Schindluder. Eine Partei, die eine solche Stärke erreicht hat, wie die ihre, müßte wenigstens einen Versuch machen, ideell die Führung zu übernehmen; sie müßte mit bestimmten sachlichen Forderungen hervortreten, von deren Erfüllung sie ihre Beteiligung an einer Regierung abhängig macht. Anstatt dessen hat sich ihr Führer auf die Prestigeforderung versteift, daß er Reichskanzler werden müsse, wofür er sich bereit zeigt, sich mit einem beliebig großen Kreis „feiner Leute" zu umgeben: mit Schleicher als Wehrminister, Neurath als Außenminister und Papen als Inhaber irgendeines anderen Portefeuilles. Diese Versteifung auf die Personenfrage weckt den Verdacht, daß es den Nationalsozialisten gar nicht auf sachliche Erfolge, sondern nur auf die Vorbereitung eines Versuchs der illegalen Machtergreifung ankommt. Hitler soll der deutsche Putschkanzler werden, der sich eines Tages über den Reichspräsidenten, die Ministerkollegen und — das sowieso! — über den Reichstag hinwegsetzt, so daß er eines Tages als Selbstherrscher aller Deutschen dasteht.

Die erste Voraussetzung für das Gelingen dieses Plans ist die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler. Zu ihr scheint Herr von Hindenburg in keiner Weise geneigt, und es ist nicht einzusehen, wieso eine Neuwahl ihn dazu geneigter machen sollte. Man wird also nach der Wahl nicht weiter sein, als man vor ihr gewesen ist. Die Wirren werden fortdauern, und die Wirtschaft darf an ihnen weiter zugrunde gehen!

Die Kopflosigkeit auf seiten der Regierung ist nicht geringer als die auf seiten der rechtsradikalen Opposition. Die kommende Reichstagsauflösung wird die vierte seit September 1930 sein, die ohne Sinn und ohne Ziel unternommen wird. Einen Sinn hat eine Parlamentsauflösung nur dann, wenn die Regierung bei den Wahlen

für sich, für ihr Programm und für die Parteien, die zu ihr stehen, um die Mehrheit ringt. Wenn aber eine ratlose Regierung nur deshalb zur Auflösung greift, weil sie nicht mehr ein noch aus weiß, so muß es schon einigermaßen wunderbar zugehen, wenn bei solchen Wahlen etwas anderes herauskommen sollte als ein ratloses Parlament.

Es steht heute fest, daß die „nationale Rechte" in allen ihren Teilen schmählich versagt, daß sie — bei all ihrer Schwärmerei für Diktatur und autoritäre Staatsführung — jeder Fähigkeit zu wirklicher zielklarer Führung vollständig entbehrt. Sie kann allenfalls die Gier einiger Interessentenhaufen befriedigen, dem Problem der Staatsführung steht sie hilflos gegenüber. Wahlen können erst dann die Gesundung bringen, wenn sich das Volk dazu entschließt, diese ganze erbärmliche Gesellschaft zum Teufel zu jagen!

Das Kabinett berät

Steuertechnik

Siedlung — Handelsvertrag

Das Reichskabinett, das am Dienstagnachmittag zusammengetreten war, tagte bis in die späten Abendstunden hinein. Es befaßte sich zunächst eingehend mit finanztechnischen Fragen, wobei die Steuererhebungstechnik für das Haushaltsjahr 1933 eine besondere Rolle spielte. Die Absichten der Regierung gehen dahin, künftig eine einfachere Erhebungsweise anzuwenden. Im Verlauf der Sitzung wurden auch die weiteren Bürgschaften für Hausreparaturen, Wohnungsteilungen usw. bewilligt. Einschließlich der seinerzeit bereits bewilligten 50 Mill. M. für ähnliche Zwecke beläuft sich der Gesamtbetrag für dieses Gebiet nunmehr auf rund 100 Millionen M. U. a. dürften künftig auch Zuschüsse für die Teilung von Neubauwohnungen sowie für die Umwandlung von Geschäftsräumen in Wohnräume bewilligt werden.

In der Sitzung nahm, wie die Tel.-Un. erfährt, alsdann die Siedlungspolitik einen breiteren Raum ein, wobei es sich u. a. darum gehandelt haben dürfte, die Siedlungspolitik dem System des Vollstreckungsschutzes anzupassen. Die umfangreiche Tagesordnung der Kabinettssitzung am Dienstag dürfte sich ferner noch auf die deutsch-schwedischen Handelsvertragsverhandlungen erstreckt haben.

Es wird bestritten ...

Goebbels läßt bestreiten, daß die Pgs. Fellner und Meinshausen im Zusammenhang mit einer Buchprüfung in Urlaub geschickt seien. Nicht bestritten wird, daß sie in Urlaub sind.

Hitler läßt durch seine Pressestelle bestreiten, daß er mit Gregor Straßer in Weimar eine Besprechung gehabt habe. Nicht bestritten wird, daß Hitler am Dienstagabend eine Unterredung mit seinem alten Freund Hugenberg hatte!

SA.-Waffenlager

Der Finder muß polizeilichen Schutz suchen

Eigener Bericht des „Vorwärts"

Frankfurt a. d. O., 17. Januar.

Wie amtlich bestätigt wird, wurden am 14. Januar auf Anzeige des Kutschers der in der Nähe von Frankfurt a. d. O. gelegenen Rätschmühle bei Kunnersdorf, Kreis West-Sternberg, auf dem Grundstück der Mühle von den zuständigen Landjägereibeamten Waffen gefunden. Es handelt sich um 23 Mauserpistolen Kaliber 7,5 Millimeter mit Ansatzkolben, zwei Karabiner (umgearbeitetes Modell 98), 1 Gewehr und 2000 Schuß überwiegend Pistolenmunition. Der Kutscher hatte die Waffen angeblich vor einigen Tagen ohne Wissen des Mühlenbesitzers in ihrem Versteck entdeckt, an mehreren Stellen vergraben und dem Mühlenbesitzer die Entdeckung am 13. Januar unter Vorzeigung einer der gefundenen Pistolen zu verstehen gegeben. Der nationalsozialistische Mühlenbesitzer hat darauf in der Nacht zum 14. Januar unter Hinzuziehung von zwei Zivilisten und zwei Personen, die unbefugt Reichswehruniform trugen, eine „Vernehmung" des Kutschers durchgeführt. Dadurch wurde dieser gezwungen, sich wegen der ihm drohenden Gefahr am 14. Januar in polizeilichen Schutz zu begeben. Es handelt sich, wie auch die Frankfurter Bezirksregierung ausdrücklich feststellt, um ein verbotenes Waffen- und Munitionslager der SA. der NSDAP. Die Waffen sind polizeilich beschlagnahmt worden.

Der Lippische Landtag wird bereits am 7. Februar eröffnet. In dieser Sitzung wird über die Regierungsbildung, die Besetzung des Landtagspräsidiums und der Ausschüsse entschieden werden.

Arbeitsdienst oder Arbeitszwang?

Grundlegende Stellungnahme im Sozialpolitischen Reichstagsausschuß

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstags trat am Dienstag wieder zusammen, um die Fragen des Arbeitsdienstes zu beraten. Diesen Beratungen lag ein Antrag der Nationalsozialisten zugrunde, der die Reichsregierung auffordern will, durch Ausbau des Freiwilligen Arbeitsdienstes zur allgemeinen gleichen Arbeitsdienstpflicht der deutschen Jugend die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Das Zentrum ersuchte die Regierung, bei der Durchführung des FAD. darauf zu achten, daß unter Wahrung der natürlichen Werte und Bindungen an Familie, Religion und Heimat der Freiwillige Arbeitsdienst eine freiwillige Aktion der Jugend bleibt.

Reichsarbeitsminister Dr. Syrup gab zunächst einen Ueberblick über die bisherigen Maßnahmen auf dem Gebiete des Freiwilligen Arbeitsdienstes. Er wies darauf hin, daß wir

rund eine Million männliche und 400 000 weibliche Arbeitslose unter 25 Jahren

haben. Es handle sich da also nicht um Einzelschicksale, sondern um das Schicksal ganzer Altersklassen, und zwar treffe dieses Schicksal nicht nur die Lehrlinge, sondern auch die Abiturienten, die ratlos vor der Berufswahl ständen, und die Jungakademiker, sowie die zweiten und dritten Bauernsöhne. Aus diesem Grunde sei erstmals im Juni 1931 der Freiwillige Arbeitsdienst eingeführt worden.

Im Oktober 1931 habe man rund 300 Arbeitsdienstwillige gezählt, am 1. Januar v. J. 7000, im Frühjahr 27 000, im Sommer 74 000. Dann habe der Arbeitsdienst durch die Verordnung vom 16. Juli 1932 neuen Impuls erhalten, so daß die Zahl der Arbeitsdienstwilligen am 1. September auf 144 000 gestiegen sei. Die Höchstzahl sei 280 000 gewesen, jetzt sei sie etwas gesunken, habe aber am 1. Januar immerhin noch rund eine Viertelmillion betragen. Die Arbeit müsse in erster Linie zweckvoll sein, damit die jungen Leute in ihr Befriedigung fänden. Ferner sollen die Arbeiten gemeinnützig und zusätzlich sein. Es dürften nicht Arbeiten ausgeführt werden, die normalerweise den freien Arbeitsmarkt entlasten müßten. Infolgedessen habe sich ein bestimmter Kreis von Arbeiten herausgebildet, und zwar im wesentlichen Landeskulturarbeiten, bei denen ohne Großgeräte gearbeitet werden kann, nur primitiv mit Hacke und Schaufel. Es habe sich gezeigt, daß für männliche Jugendliche die geschlossenen Lager besonders geeignet sind, bei denen auch die Möglichkeit zur Uebernachtung besteht, während es bei weiblichen Jugendlichen im allgemeinen zweckmäßiger sei, sie abends zu ihren Familien zu entlassen. Im Mittelpunkt des Arbeitsdienstes stehe die Arbeit. Die daneben gepflegte sportliche Betätigung mache keine Schwierigkeiten. Bei der Gestaltung der Abende müsse man Schulmeisterei vermeiden; es komme wesentlich auf die Mitwirkung der Jugendlichen selbst an.

Der Minister gab dann Auskunft über die finanzielle Bedeutung des Arbeitsdienstes. Aus Mitteln des Reichskommissars werde

für den einzelnen Arbeitsdienstwilligen ein Förderungsbetrag von durchschnittlich zwei Mark je Arbeitstag auf 20 Wochen, bei volkswirtschaftlich wertvollen Arbeiten auf 40 Wochen, geleistet.

Das bedeutet 50 M. für jeden Jugendlichen monatlich oder 600 M. jährlich. Hinzu kommen die Ausgaben der Träger des Arbeitsdienstes für Materialien usw. Für jeden Arbeitsdienstwilligen kommen noch 400 M. hinzu. Jeder Arbeitsdienstwillige bedeutet also volkswirtschaftlich eine Belastung von 1000 M. im Jahre; drei Fünftel davon entfallen auf den Reichsfundus, zwei Fünftel auf die Träger der Arbeit. Eingestellt würden sowohl Bezieher von Arbeitslosenunterstützung wie auch Krisen- und Wohlfahrtsunterstützte. Während der Dauer des Arbeitsdienstes ruht die Unterstützung. Bis Mitte Dezember 1932 seien über 50 Millionen Mark für den Freiwilligen Arbeitsdienst ausgegeben worden. Auf neue Anforderungen hin seien dann weitere 25 Millionen bereitgestellt worden.

In der ausführlichen Debatte wandte sich Abg. **Graßmann** (Soz.) gegen die für den Arbeitszwang angeführte Begründung, die Jugend verwahrlose sonst moralisch, und lehnte die Arbeitsdienstpflicht grundsätzlich ab, weil sie den sittlichen Wert der Arbeit in ihr Gegenteil verkehre. Schon der freiwillige Arbeitsdienst bringe die Gefahr mit sich, daß die Existenz anderer Arbeiter, namentlich im Tiefbau und von Land- und Waldarbeitern zurückgedrängt werde. Der Redner verlangte, daß für den freiwilligen Arbeitsdienst das 25. Lebensjahr die obere Grenze bleibe, daß auf Sport und Belehrung größter Wert gelegt, daß Arbeitskleidung, Taschengeld und Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung gewährt werde. Mit aller Schärfe wandte sich der Redner gegen kommunistische Streikparolen. Damit richte man in den Arbeitslagern nur Unglück an.

Die Mittel für den freiwilligen Arbeitsdienst dürfen nicht der Arbeitslosenversicherung entnommen werden; das sei unmoralisch. Nur öffentliche Mittel dürfen hierfür Verwendung finden.

Zum Schluß wurde der nationalsozialistische Antrag, den Freiwilligen Arbeitsdienst zur Arbeitsdienstpflicht auszubauen, gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Der Zentrumsantrag dagegen fand in einer durch einen sozialdemokratischen Vorschlag etwas geänderten Fassung bei Stimmenthaltung der Nationalsozialisten und der Kommunisten Annahme.

Am Mittwoch berät der Ausschuß die Anträge zur Beseitigung von Härten in den Notverordnungen über die Sozialversicherung und die Wohlfahrtspflege.

Das Geld nach Osten!

Uebersicht über die Osthilfe

Reichsernährungsminister v. Braun hat in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für die Osthilfe dem Haushaltsausschuß des Reichstages in Erledigung der am Freitag gefaßten Entschließung eine Uebersicht über die bisherige Durchführung der Osthilfe vorgelegt.

Es wird darin festgestellt, daß im Osthilfegebiet bis zum 31. Dezember 1932 **insgesamt 571 418 Hektar entschuldet** worden sind, und zwar 11 748 (94,2 Proz.) Betriebe bis 100 Hektar mit rund 227 790 Hektar (39,9 Proz. der Gesamtfläche der entschuldeten Fälle), 531 (4,3 Proz.) Betriebe von 100 bis 500 Hektar mit rund 128 589 Hektar (22,5 Proz.) und 191 (1,5 Proz.) Betriebe von über 500 Hektar mit rund 215 039 Hektar (37,6 Prozent).

An Entschuldungsdarlehen sind bewilligt worden

für die 11 748 Betriebe bis 100 Hektar rund **69½ Millionen Mark** oder 53,6 Proz.,
für die **531 Betriebe** von 100 bis 500 Hektar rund **26 Millionen Mark** oder 21,5 Proz. und
für die **191 Betriebe** über 500 Hektar rund **32½ Millionen Mark** oder 24,9 Proz.

Restlos ausgezahlt sind 4705 Fälle mit rund 40 Millionen Mark, ferner überwiesen an die Auszahlungsinstitute 2081 Fälle mit rund 25 Millionen Mark. Im einzelnen entfallen auf je einen Hektar Gesamtfläche des Eigentums in der Betriebsgröße bis 100 Hektar im Durchschnitt 306 M., in der Betriebsgröße von 100 bis 500 Hektar im Durchschnitt 217 M. und in der Betriebsgröße über 500 Hektar im Durchschnitt 150 M.

In Beantwortung der Frage über die Siedlung wird ausgeführt, daß die Zahl der im Jahre 1932 geschaffenen Siedlerstellen sich einstweilen nur schätzen lasse. Sie werde mindestens 6500 bis 7000 Stellen betragen. Das Material für 1932 soll so schnell aufgearbeitet werden, daß das vorläufige Siedlungsergebnis bereits Anfang Februar bekanntgegeben werden kann. Für die neue Siedlungstätigkeit im Jahre 1933 befand sich am 1. Januar in den Händen der Siedlungsträger ein Landvorrat von 42 900 Hektar. Auf dieser Fläche können 3250 Siedlerstellen geschaffen werden. Ferner betrug zu dem gleichen Zeitpunkt der Landvorrat für Zwecke der Anliegersiedlung 8300 Hektar. Der weitergehende Landanfall für Siedlungszwecke, der dadurch eintreten werde, daß die entschuldungsunfähigen Güter aus dem Sicherungsverfahren ausscheiden sollen, komme noch hinzu.

Was verloren die Gläubiger?

In der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstags, über deren weiteren Verlauf an anderer Stelle berichtet wird, wurde zum Schluß einstimmig ein Antrag angenommen, in dem die Reichsregierung ersucht wird, eine Uebersicht vorzulegen, aus der ersichtlich wird,

1. wie groß die Summen sind, die die privaten Gläubiger (Handwerker, Händler, Lieferanten usw.) bei der Entschuldungsaktion im Osten verloren haben

a) bei Betrieben bis 100 Hektar, b) bei Betrieben von 100 bis 500 Hektar und bei größeren Betrieben,

2. die Verluste von Genossenschaften, öffentlich-rechtlichen Hypothekenbanken aller Art, Sparkassen in der gleichen Größenordnung.

Ferner wurde der Wunsch ausgesprochen, die Reichsregierung möge mitteilen, wie sich die umgeschuldeten Flächen nach Ländern und Provinzen verteilen und in wie viel Fällen einzelne Grundbesitzer mit mehreren Gütern in die Osthilfe genommen worden sind.

Außerdem wurde beschlossen, die Aussprache über die Mißstände auf dem Gebiete der Osthilfe schon am Mittwoch stattfinden zu lassen.

Transsahara-Bahn

Ein französisches Projekt

Paris, 17. Januar.

Im Mai v. J. hatten 250 Abgeordnete den Bau einer Transsahara-Bahn vorzubereiten. Regierungswechsel, wichtige innen- und außenpolitische Fragen haben die Beratung nicht möglich gemacht. Der Generalberichterstatter des Finanzausschusses und Abg. Hesse erneuern jetzt diesen Antrag, damit der Bau der Bahn eine weitere Verzögerung nicht erleidet.

Die Bahn soll von der Nordküste Afrikas ausgehen, quer durch die Sahara bis zum Nigerstrom führen und von dort aus später bis zum Kap weiter gebaut werden. Ein Transafrikanischer Ausschuß der Kammer beschäftigt sich bereits seit Jahren mit dieser Frage und hat auch eine eingehende Untersuchung über die Streckenlegung der Bahn durchgeführt. Der Bau wird zunächst vier Milliarden Franken kosten.

Chérons Sanierungsplan

Sofortige Diskussion in der Kammer

Eigener Bericht des „Vorwärts"

Paris, 17. Januar.

Finanzminister Chéron hat am Dienstagnachmittag in der Kammer den Finanzsanierungsplan eingebracht und für dessen Verabschiedung das Verfahren der sofortigen Diskussion beantragt, womit sich die Finanzkommission einverstanden erklärte.

Das Verfahren der sofortigen Diskussion bedeutet, daß die Regierungsvorlage in der ersten Sitzung, die auf die Veröffentlichung des Berichtes der Finanzkommission im „Journal Officiel" folgt, zur Beratung gestellt werden muß.

Der Finanzminister übergab am Nachmittag der Presse einen Auszug aus den Finanzplänen, in dessen Begründung Chéron feststellt, daß das von den Sachverständigen auf zehn Milliarden Franken bezifferte Defizit nur zum kleinen Teil auf die Wirtschaftskrise und in der Hauptsache auf die übertriebene Ausgabenpolitik in den letzten vier Jahren zurückzuführen sei. Es sei nicht möglich gewesen, heißt es weiter, daß Defizit nur durch Einsparungen zu beseitigen; die Regierung habe daher zur Deckung der Hälfte des Defizits neue Steuern schaffen müssen.

Am Dienstag hat auch die sozialistische Kammerfraktion einen Auszug aus dem von ihr ausgearbeiteten Gegenprojekt veröffentlicht, das zunächst, wie sein Hauptverfasser, Abgeordneter Vincent Auriol, dem Pariser Korrespondenten des „Soz. Pressedienst" erklärte, mit äußerster Energie vor dem Finanzausschuß der Kammer und, falls dieser es ablehnt, vor dem Plenum verteidigt werden soll.

Studentenwahlen

Absage an Klagges

Eigener Bericht des „Vorwärts"

Braunschweig, 17. Januar.

Der Bildungsminister Klagges ist, wie ihm heute abend von der Studentenschaft bestätigt wurde, auch auf der Hochschule schon im Rückmarsch. Bei den Asta-Wahlen an der Technischen Hochschule erlebten die Nazistudenten, die von Klagges mit aller Kraft gefördert wurden und für sich das Recht der alleinigen Führung beanspruchten, gegenüber der letzten Wahl eine Einbuße von 86 Stimmen. Sie fielen von 336 auf 250 Stimmen, nachdem sie früher schon einmal rund 400 Stimmen gehabt hatten. Damit verloren sie von bisher 9 Mandaten 2. Die Korporationen hielten ihren Stand mit 9 Mandaten bei 324 (353) Stimmen. Die zum ersten Male durch Spaltung geschwächte sozialistische Studentenschaft erzielte 129 Stimmen und 3 Mandate. Die durch Abspaltung geschwächte sozialistische Studentengruppe verlor von bisher 2 Mandaten 1 und ging von 83 auf 44 Stimmen zurück.

Der Preußische Staatsrat hielt am Dienstag abend seine erste Sitzung im neuen Jahre ab. Die Rundverfügungen des Justizministers über Vereinfachung der Behandlung der Aufsichtsbeschwerde und über Einschränkung der Berichterstattung in Strafsachen wurden durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt. Auf der Tagesordnung der morgigen Sitzung steht die Wahl des Vorstandes des Preußischen Staatsrats.

Streit um den Kirchenschatz. Nachdem die lettische Kirche in Riga den dortigen Deutschen den alten Dom abgenommen hat, verlangt sie jetzt auch den Domfriedhof und den Kirchenschatz, was bei den evangelischen Deutschen große Empörung ausgelöst hat. Beide Streitende sind evangelische Christen, sie zanken sich aus nationalistischen Gründen um die irdischen Besitztümer — was soll man von solchem „Christentum" halten.

Arbeitslager in der Pulverfabrik

Jugend „stürmt" die Pulverwälle von Spandau

Im Gelände der ehemaligen Deutschen Werke bei Spandau-Haselhorst, wo im Kriege die Spandauer Pulverfabriken zum Teil lagen, sind jetzt drei Arbeitslager des „Freiwilligen Arbeitsdienstes: ein Lager des Sozialen Dienstes mit 80 Mann, ein Lager des katholischen Caritas-Verbandes mit 20 Mann, beide in einem massiven Fabrikgebäude, dem ehemaligen chemischen Laboratorium, und etwas abseits in einem anderen Gebäude ein Lager des Stahlhelms mit 75 Mann. Alle drei Lager haben eine gemeinsame Arbeitsaufgabe und eine gemeinsame Feldbahn, eine gemeinsame Küchenverwaltung und einen Sanitätsraum. Und alles geht gut. Im Rahmen des Lagerlebens haben die jungen Menschen trotz der politischen Gegensätze sich vertragen gelernt.

Als die Leitung des Sozialen Dienstes für Brandenburg-Grenzmark das Lager bei Haselhorst gründete, mußte man ein gewiß massives, aber seit dreizehn Jahren gänzlich vernachlässigtes Gebäude übernehmen. Das Haus war verdreckt, die Holzteile verfault, die Fenster zerschlagen, jeder Putz abgefallen, und die Löcher, aus denen 1919 die Maschinen herausgerissen werden mußten, klafften in allen Wänden.

Da haben unsere jungen Genossen zunächst kräftig angefaßt. Es war eine Arbeit von Wochen, aber es wurde geschafft. Heute sind aus schmutzigen Löchern helle, freundlich verputzte und ausgemalte Zimmer geworden, der völlig zerstörte Maschinensaal wurde ein freundlicher, großer mit Tannengrün und schwarzrot-goldenen Fahnen ausgeschmückter Tagesraum, die geräumigen Schlafstuben mit ihren einfachen, aber ordentlichen Betten sind gut geheizt und jeder einzelne Mann ist froh, gut gelaunt und sieht in der soliden Einheitskleidung sogar recht schmuck aus.

Der Lagerleiter Genosse Pehla führt den Besucher durch das Haus. Jede Stube hat ihren Namen nach Führern der Arbeiterbewegung: Friedrich Ebert, Ludwig Frank, Ferdinand Lassalle, Karl Severing. Die Küche ist groß und sauber. Hier waltet der Koch, auch ein Arbeitsfreiwilliger. Die Verpflegung im Arbeitslager ist gut. Stolz erzählt uns der Koch, bei seinen Künsten habe ein Mann in wenigen Wochen um 23 Pfund zugenommen. Durchschnittlich haben alle Dienstwilligen in den ersten Wochen eine Gewichtszunahme von sechs Pfund. Allerdings mußte man in diesen ersten Wochen den angesetzten Verpflegungssatz überschreiten, denn die ausgehungerten jungen Männer traten nicht einmal, sondern dreimal zum Essennachfordern an.

Die Otto-Braun-Bibliothek

Im Schreibzimmer befindet sich eine stark benutzte Bibliothek, deren größerer Teil von Otto Braun dem Sozialen Dienst gestiftet wurde. Einen Schmerz haben die jungen Genossen im Lager, den uns einer der Kartoffelschäler gesteht: Zigaretten. Dieser Schmerz von achtzig jungen Menschen ist nicht leicht gelindert. . . .

Das Arbeitsprojekt, das unsere jungen Kameraden gemeinsam mit den Caritas- und Stahlhelmleuten ausführen, ist das

Abtragen alter Pulverwälle und das Zuschütten eines Pulverteiches.

Aus dem Arbeitswillen dieser oft schon jahrelang von jeder Arbeit ausgeschlossenen Jugend wird hier ein für Zwecke der Zerstörung geschaffenes Gelände friedlicher Kultur wiedergewonnen. Seit Oktober wurden hier drei Wälle abgetragen und mit ihrer Erde ein großer Teil des Teiches aufgefüllt.

Den Arbeitswilligen wird bei einem täglichen Essensansatz von 80 Pfennigen 1,80 Mark Taschengeld wöchentlich und eine gute warme Arbeitskleidung — Anzug, Pullover, Wäsche, Mütze, Socken und Stiefel — als Eigentum gewährt. Die freiwillige Disziplin ist ganz ausgezeichnet. Die Sorge all dieser jungen Menschen ist nur, daß ihre zwanzig Wochen bald herum sein werden.

Im Lager trifft man Genossen aus allen deutschen Gegenden, Rheinländer von der Westgrenze und Ostpreußen aus Masuren. Das Hauptkontingent stellt das nahe Spandau. Alle grüßen sie mit „Freiheit" und jede Wand haben sie mit den Symbolen der Republik ausgeschmückt.

Dieses Lager des Sozialen Dienstes ist ein Beispiel und Vorbild für praktische Hilfeleistung an jungen Menschen, die hier ein neues Selbstvertrauen, ein neues Selbstgefühl in freiwilliger Gemeinschaft finden.

Großfeuer!

Feuerwehrmann schwer verletzt

In der Ortschaft Groß-Ziethen, unmittelbar vor den Toren Berlins, wütete in den gestrigen Morgenstunden in der Dorfstraße ein Großfeuer. Eine massive Scheune wurde ein Raub der Flammen. Bei den Löscharbeiten erlitt ein Feuerwehrmann schwere Verletzungen.

Gegen 5,7 Uhr brach auf dem Anwesen des Landwirtes Buchow in der Dorfstraße in Groß-Ziethen in der neuerbauten, etwa 30 Meter langen und 15 Meter breiten, massiven Scheune Feuer aus. An den Getreidevorräten — es lagerten viele hundert Zentner Roggen und Hafer in der Scheune — fanden die Flammen überaus reiche Nahrung. Aus acht Schlauchleitungen wurden stundenlang ungeheure Wassermengen in die Flammenglut geschleudert. Die Scheune mit ihrem wertvollen Inhalt sowie Ernte- und Dreschmaschinen wurde jedoch trotz aller Bemühungen der Wehren ein Raub der Flammen. Bei den Löscharbeiten stürzte ein Teil des Daches krachend zusammen.

Ein Feuerwehrmann von der freiwilligen Feuerwehr Buckow wurde von den niedersausenden Mauersteinen getroffen und am Kopf lebensgefährlich verletzt.

Der Verunglückte wurde sofort ins Krankenhaus gebracht. Die Entstehungsursache des schweren Schadenfeuers ist noch ungeklärt.

ADK. im neuen Heim

Schlicht-schönes Verwaltungshaus

Die Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin konnte bereits am 2. Januar d. J. ihr neues Zentralverwaltungsgebäude, das sie durch den Architekten Albert Gottheiner in der Rungestraße 3-6 am Märkischen Platz errichten ließ, in Betrieb nehmen. Jetzt, nachdem alles eingerichtet ist, wurde das Haus nacheinander den Vertretern der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, der Versicherungsbehörden und Versicherungsträger, sowie der Spitzenorganisationen der Krankenkassen, Vertreter der Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften und der Aerzte- und Apothekerschaft und der Presse gezeigt. Dabei nahmen die Genossen Nürnberg und Bauer Anlaß, in dem Vortragsraum die vielen Irrtümer und Mißverständnisse, die durch eine bedauerlich unsachliche und offenkundig voreingenommene Berichterstattung vieler Zeitungen über den Neubau entstanden waren, klarzustellen.

Aus den Darlegungen der beiden Redner ging hervor, daß die Krankenkasse, die jetzt an die 500 000 Mitglieder versorgen muß, zu diesem Bau, dessen Anfänge übrigens auf das Jahr 1915 zurückgehen, gezwungen war. Aufsichtsbehörden drängten zu einem Neubau. Von 30 Arbeitgebervertretern waren 28 für den Neubau, der im übrigen im Interesse der versicherten Kranken wie der bisher in unzulänglichen Räumen eingepferchten Angestellten selber lag. 150 Firmen waren mit etwa 3700 Arbeitskräften an dem Neubau beschäftigt, so daß von den Gesamtkosten von etwa 4,8 Millionen Mark die Hälfte auf Arbeiterlöhne entfällt. Fast die gesamten Möbel sind den alten Verwaltungshäusern entnommen worden.

Den eindrucksvollen Vorträgen schloß sich ein Rundgang durch das ganze Haus an, nach dessen Beendigung man sagen muß: Nur böser Wille kann diesen aus neuem zeitgemäßen Stil- und Kunstempfinden gestalteten Zweckbau in einen Luxusbau umfälschen. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß gerade in diesen Tagen eine vielgelesene Berliner Mittagszeitung mit der kindlichen Ueberschriften-Frage: Muß das sein? dieses Verwaltungsgebäude erneut und gewaltsam zu einem „Krankenkassenpalast" zu stempeln versuchte.

Der gequetschte Hauptmann

Unter Parteigenossen ganz egal

Im Sommer des vergangenen Jahres fuhr ein Privatauto so nahe an einem haltenden Polizeiauto vorbei, daß ein Polizeihauptmann R. und der Polizeioberwachtmeister J. Quetschungen davontrugen. Die Beamten erstatteten gegen den Chauffeur und gleichzeitigen Besitzer des Wagens, N., Strafanzeige wegen Körperverletzung. In der Verhandlung bat jetzt der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Reiwald, das Verfahren einzustellen, da die Verletzten, Polizeihauptmann R. und Polizeioberwachtmeister J., ihre Strafanzeige zurückgenommen hätten und auch bei ihrer Zurücknahme blieben. Sie seien nämlich — Parteigenossen des Angeklagten. Was sind das nun aber für Parteigenossen? Kommunisten sind es nicht, Sozialdemokraten auch nicht. Etwa Stahlhelmleute? So sah der Angeklagte gerade nicht aus. Bleiben also nur noch Nazi-Pgs. Sollte das der Fall sein, so war die Bekanntschaft mit dem Herrn Polizeihauptmann R. nicht ganz uninteressant . . .

Explosion beim Holzfällen

Von Blindgängern zerrissen

Paris, 17. Januar.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Dienstag in Billers-Bretonneux in der Nähe von Amiens. Gartenarbeiter waren im Park eines alten Schlosses beschäftigt und hatten Baumäste zu einem Haufen zusammengetragen, den sie ansteckten. Fünf Mann der Arbeiterkolonne hatten um das Feuer Platz genommen, **als plötzlich eine furchtbare Explosion erfolgte** und alle fünf Arbeiter schwer verletzt liegen blieben. Die Untersuchung ergab, daß gerade an der Stelle, an der das Holzfeuer angesteckt worden war, ein aus dem Weltkrieg stammender Blindgänger vergraben worden war, der sich durch die Hitze entzündet hatte. Die fünf Opfer des Unfalls wurden sofort in ein Krankenhaus übergeführt, wo man bei drei von ihnen jede Hoffnung auf Erhaltung ihres Lebens aufgegeben hat.

Freie Sozialistische Hochschule

Sonnabend, 21. Januar, 19½ Uhr, Plenarsaal des ehem. Herrenhauses, Leipziger Straße 3, Vortrag des Genossen Prof. Dr. Karl Landauer über:

„Vom Kapitalismus zum Sozialismus"

Einlaßkarten zu 50 Pf. an den bekannten Stellen.

Tragödie der Nacht

Seltsame Schießerei in der Wohnung

In der Nacht zum Dienstag wurde die 24 Jahre alte Frau Erna Henschel mit einem lebensgefährlichen Lungenschuß in das Moabiter Krankenhaus eingeliefert. Einige Stunden darauf hat ihr gleichaltriger Mann, der Monteur Werner Henschel, versucht, sich das Leben zu nehmen. H. fand im Elisabethkrankenhaus Aufnahme.

Nach den bisherigen polizeilichen Feststellungen war Frau H. im Besitz einer geladenen Pistole. Als Henschel in der Nacht zum Dienstag gegen 1½ Uhr heimkehrte, überraschte er seine Frau dabei, wie sie mit der Pistole hantierte. Möglicherweise hat sich die Frau mit Selbstmordgedanken getragen. Als H. seiner Frau die Waffe entreißen wollte, löste sich im Handgemenge ein Schuß. Die Kugel traf die Frau so unglücklich in die Lunge, daß sie blutüberströmt zusammenbrach. Henschel brachte zusammen mit einem Freunde die Schwerverletzte ins Moabiter Krankenhaus. Auf kurze Zeit erlangte Frau H. dort das Bewußtsein wieder; sie erklärte, daß sie an ihrem Unglück selbst die Schuld trage. Henschel war über den Vorfall so erschüttert, daß er aus dem Leben scheiden wollte. Er brachte sich in der Pulsadergegend mehrere Schnitte bei und öffnete dann die Gashähne. Durch einen Zufall wurde die Tat entdeckt und im letzten Augenblick vereitelt. Der Zustand der schwerverletzten Frau ist leider sehr bedenklich.

In wenig Worten

Die 2. Große Strafkammer des Landgerichts II Berlin verurteilte den Schlosser Paul D. wegen Blutschande zu 1 Jahr und 6 Monaten Zuchthaus. D., der Vater von sechs Kindern ist, hatte sich an seiner 18jährigen Tochter vergangen. Die Anzeige war von der Ehefrau erstattet worden.

*

Ein Wirbelsturm, wie man ihn seit vielen Jahren nicht mehr erlebte, tobte in der vergangenen Nacht über Lissabon, der Hauptstadt Portugals. Die Schiffe im Hafen wurden besonders stark mitgenommen. Sechs Leichter sanken. Nur mit Mühe konnten die Besatzungen gerettet werden.

*

Acht Personen aus der italienischen Gemeinde Crodo, die vor einigen Tagen nach der Schweiz aufgebrochen waren, sind seitdem verschwunden. Da man um ihr Schicksal besorgt ist, wurden jetzt Rettungskolonnen nach der Alp Taveriola entsandt, deren Nachforschungsarbeiten sich aber wegen des starken Schneefalls sehr schwierig gestalten.

*

In Nord- und Mittelspanien sind starke Schneefälle eingetreten. Desgleichen ist auch Madrid von einer mehrere Zentimeter hohen Schneedecke eingehüllt. Der Schnee ist überall liegen geblieben, was zum ersten Mal seit zehn Jahren in Spanien vorkommt. Auch herrscht im Lande starke Kälte. So weist z. B. Burgos in Castilien eine Temperatur von 10 Grad unter Null auf. Infolge des starken Schneefalls sind zwei Güterzüge entgleist.

*

Im Walde von Kubohütten in Böhmen wurden dieser Tage frische Pilze in rund 1000 Meter Höhe gefunden. Zur Erklärung, daß es sich um keinen Faschingsscherz handelt, diene, daß Pilze ziemlich viel Kälte vertragen. Sie wachsen bei entsprechender Kälte zwar nicht weiter, gehen aber auch nicht ein. Ueberdies hielten sich die Temperaturen auf den Höhen in der letzten Woche in 3 bis 15 Grad Wärme.

Ein folgenschwerer Strafbefehl

Ehemann kämpft gegen seine Frau

Eines Tages wird auf der Straße auf Veranlassung des Privatdetektivs K. eine Frau festgenommen: Sie werde von der Kriminalpolizei wegen Rauschgifthandels gesucht. Die Verhaftete wird 2¾ Stunden auf dem Polizeipräsidium festgehalten und dann freigelassen. Der Privatdetektiv erhielt aber wegen Freiheitsberaubung einen Strafbefehl in Höhe von zwei Monaten. Er legte Einspruch ein, der jetzt zur Verhandlung kam. Im Laufe einer halben Stunde rollte im Gerichtssaal das siebenjährige Ehedrama des höheren Beamten R. ab. Die Verhaftete war nämlich die Frau dieses R. und der Detektiv hatte im Auftrage des Ehemanns gehandelt.

R. wurde im Jahre 1925 aus einer ostpreußischen Stadt nach Berlin versetzt, seine Familie sollte nachkommen. Plötzlich, für den Ehemann unbegreiflich, hörte aber jede Verbindung zwischen ihm und der Frau auf; seine Briefe blieben unbeantwortet. Erst nach längerer Zeit erfuhr er zu seiner grenzenlosen Ueberraschung, daß seine Frau nach Amerika abgereist sei; das Töchterchen, an der R. außerordentlich hing, hatte sie mitgenommen.

Im Jahre 1931 wurde plötzlich R.s Gehalt gesperrt. So kam ihm zur Kenntnis, daß seine Frau wieder in Europa weilte; sie hatte gegen den Mann eine einstweilige Verfügung erwirkt. R. erklärte sich bereit, seiner Frau monatlich 300 M. zu zahlen. Er hatte aber weder sie noch die Kleine seit deren Rückkehr aus Amerika gesehen. Also fuhr er eines Tages nach Kassel, wo sie lebten. Was sich hier seinen Augen bot, war ebenso unerwartet wie schrecklich. Er fand einen vollkommen verwahrlosten Haushalt, seine Tochter fast verblödet in einem Zimmer eingeschlossen. Die Frau schien mit dem Amerikaner zu leben, mit dem sie vor sechs Jahren nach Amerika durchgegangen und wieder nach Europa zurückgekehrt war. Die Tochter sollte wohl nicht Zeugin dessen sein, was zwischen ihr und dem Amerikaner vorging; deshalb durfte sie nicht aus dem Hause.

Nun begann der Kampf des unglücklichen Ehemanns und Vaters gegen die Frau und um die Tochter. Es gelang ihm, das Kind von der Mutter zu trennen und in ein Institut zu geben, wo es sich nur ganz allmählich erholte. Die Ehescheidung mit der Frau wollte aber nicht vom Fleck. Es fehlte angeblich der Scheidungsgrund. Unterdessen beschäftigten sich die Behörden mit der Frau und dem Amerikaner. Sie waren mit einem Schiff gekommen, in dem Rauschgifte nach Europa geschmuggelt sein sollten. Auch die Frau war dem Rauschgift erlegen, es hieß, sie habe auch die Tochter mit dem Gift gefüttert. Um hinter die zärtlichen Beziehungen der Frau zu dem Amerikaner zu kommen, beauftragte R. den Detektiv K. mit Ermittlungen. Zwei Monate hindurch blieben sie ergebnislos. Bis K. eines Tages das Paar auf der Straße antraf. Er ließ die Frau verhaften, in der Voraussetzung, daß sie von der Polizei gesucht wurde. Er hatte damit nicht ganz unrecht; ein Haftbefehl lag aber nicht vor. Daher die Anklage wegen Freiheitsberaubung. Das Gericht sprach den Detektiv frei und legte der Staatskasse die Anwaltskosten auf.

Der Mann wird aber nach wie vor den Kampf um die Ehescheidung führen müssen.

Die gute Legehenne

300 Eier Durchschnitt pro Jahr

Der Verfall der Wirtschaft und die Arbeitslosigkeit von Millionen städtischer Existenzen haben die Selbstversorgung und insbesondere die Hühnerhaltung wie zur Zeit des Krieges stark gefördert. Geflügelhaltung aber erfordert bestimmte Vorkenntnisse, die die meisten Stadtmenschen nicht besitzen, so daß man durchaus von einer Unrentabilität der Klein-Hühnerhaltung sprechen kann.

In einer öffentlichen Vortragsreihe, die vom preußischen Ministerium für Landwirtschaft und anderen Stellen in der Landwirtschaftlichen Hochschule veranstaltet wird, hörte man von dem Leiter der Veranstaltung Dr. Bartsch, daß auch heute die großen deutschen Geflügelfarmen bis auf ganz wenige unrentabel wirtschaften; die meisten sind eingegangen. Die deutsche Eierproduktion ist von 70 Millionen Eiern auf 62 Millionen im Vorjahr zurückgegangen. Das bedeutet eine Abnahme von 11½ Proz. Der Konsument wird nicht gerade davon erbaut sein, wenn er erfährt, daß die Regierung auf jedes Auslandsei von etwa 50 Gramm einen Zoll von 3 Pf. gelegt hat, was auch dem Absatz der Inlandseier nicht förderlich sein kann, denn diese werden um den gleichen Betrag teurer sein als die Auslandseier. Die deutsche Siedlung aber stehe oder falle mit der Veredelungswirtschaft, also auch mit der Hühnerzucht. Ein Vortrag von Dr. Kupsch behandelte in der Hauptsache das Aufzuchtproblem. Wichtig ist, daß der Kleintierhalter sich auf die Haltung solcher Rassen beschränkt, die Winterleger sind, da vom Oktober bis Januar die besten Eierpreise gezahlt werden. Der Ausschlupf der Kücken muß also für diesen Zweck spätestens im März oder April erfolgen. Die wesentlichsten Forderungen sind: Gesundes, einwandfreies Kückenmaterial von bester Herkunft, saubere Aufzuchtshäuser, frische und genügende Auslaufsmöglichkeiten, oft gewechselte Einstreu, gutes, kräftigendes Futter mit Beigaben von Lebertran und vitaminreichen Stoffen, sachgemäße Bedienung und später saubere Legehallen.

In einem anschließenden Vortrag behandelte der Leiter der Versuchsfarm Birkenhof in Wensickendorf, Bergmann, die Erkennungsmerkmale guter Legehennen. In Birkenhof sind Legehennen mit über 300 Eiern Jahresertrag keine Seltenheit mehr, während sonst ein Kleingärtner schon 180 Eier im Jahr als gute Durchschnittsleistung buchen darf. Der Redner forderte das Ausmerzen aller legefaulen Hühner, was bei den Kleinbetrieben freilich leichter gesagt als getan ist. Immerhin sind die beachtenswerten Ausführungen über die Erkennungsmerkmale der guten Leger dazu angetan, daß auch die Kleinsiedler sich mit diesen neuartigen Problemen beschäftigen sollten. Interessant war die Feststellung, daß die Tiere, die am frühesten mit dem Legen einsetzen, auch die fleißigsten und widerstandsfähigsten Leger das ganze Jahr über sind.

In dem nächstfolgenden Vortrag am 19. Januar, abends 8 Uhr, in der Landwirtschaftlichen Hochschule, Invalidenstraße 42, werden die Themen „Sparsame und gesunde Fütterung" und „Intensive Hühnerhaltung" behandelt werden. Der Eintritt ist kostenlos.

Neuartige Messe im Funkhaus

Ambulante Händler werden im Februar ausstellen

In dem Programm 1933 des Messeamtes der Stadt Berlin figuriert u. a. auch für die Zeit vom 18. bis 26. Februar d. J. die Erste Fachmesse für Markthandel und Neuheiten, die von der Ortsverwaltung Berlin des Reichsverbandes ambulanter Gewerbetreibender Deutschlands gemeinsam mit dem Berliner Messeamt veranstaltet wird.

Kaum war der Oeffentlichkeit davon Kenntnis gegeben worden, lag auch schon ein Protest gegen diese Ausstellung vor, und zwar von der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels und der Berliner Einzelhandelsgemeinschaft. Beide Korporationen beschwerten sich beim Oberbürgermeister Sahm und wiesen darauf hin, daß ad 1 der „ortsansässige Einzelhandel sich mit dem organisierten Hausier-, Straßen- und Markthandel in schärfstem Kampf befinde" und daß ad 2 es „nicht Aufgabe der Stadt Berlin sei, einer Wirtschaftsgruppe Propagandamöglichkeiten zu geben, durch die eine andere notleidende Wirtschaftsgruppe noch mehr als bisher gefährdet werde". Das Berliner Messeamt hat darauf die einzig mögliche Antwort erteilt, daß das Amt auf die Abhaltung der Veranstaltung gar keinen Einfluß habe. Würde es die Ausstellungshalle nicht zur Verfügung stellen, so würde die Veranstaltung eben in einem anderen Berliner Ausstellungsraum vor sich gehen.

Es bedarf heute nicht mehr besonderer Betonung, daß irgendeine Wirtschaftsgruppe notleidend ist. Warenhäuser, Spezialhäuser, große und kleine Einzelgeschäfte aller Art leiden unter dem als Folge der fürchterlichen Lohn-, Gehälter- und Rentenkürzungen eingetretenen Kaufkraftschwund. Die ambulanten Händler nun (ambulant heißt wandernd oder umherziehend), die Straßen-, Markt-, Jahrmarkt- und Messehändler und Schausteller aller Art sind die kleinsten im Handelsgewerbe. Viele üben diesen Beruf schon seit Jahrzehnten aus und sind trotz allem Fleiß und aller Arbeit von früh bis spät nur — ambulante Händler geblieben. Viele Tausende aber sind, aus Lohn und Brot gedrängt, arbeitslos und ausgesteuert, in den letzten Jahren zu dem alten Stamm hinzugekommen, sie haben die letzten paar Mark genommen und sich irgendeinen kleinen Kram oder einen Marktstand erworben und sehen nun zu, sich und ihre Familie durch die Not der Zeit zu bringen. Allzu oft ist es ein Not- und Hungerleben.

Der Reichsverband ambulanter Gewerbetreibenden ist die Organisation, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die wirtschaftlichen Belange dieser vielen Kleinhändler zu wahren und er hat darin viele Erfolge errungen. Seinen zehnten Verbandstag wird der Reichsverband am kommenden Sonntag und den folgenden Tagen in Berlin abhalten. Seine erste große Messe aber erregt schon seit Monaten das Interesse der gesamten Kleinhändlerschaft Deutschlands. Wenn nur 100 000 Kleinhändler diese Messe besuchen und wenn nur ein jeder für seinen persönlichen Bedarf nur 20 Mark in Berlin läßt, so kommen durch diese Messe zwei Millionen Mark nach Berlin. Trotzdem protestiert der kurzsichtige Berliner Einzelhandel gegen diese Messe. Durch den Kleinhandel werden heute bereits ganze Industrien und Handelshäuser mit Tausenden von Arbeitern und Angestellten beschäftigt. Oberbürgermeister Sahm ist da viel klüger: In dem Vorwort zur Festschrift des Reichsverbandes begrüßt er es, daß der Reichsverband die Gelegenheit wahrnimmt, eine seiner Tagungen in Berlin abzuhalten. Auf alle Fälle ist die Messe im Februar etwas ganz Neues und ganz Besonderes im gewohnten Ausstellungs- und Messebild Berlins und darf auch wegen ihrer volkstümlichen Eigenart auf das größte Interesse der Berliner Bevölkerung rechnen.

Wie wird das Wetter?

In Berlin: Vorwiegend bedeckt, geringfügige Schneefälle, bei östlichen Winden wieder etwas kälter. — **In Deutschland:** In Süd-, Südwest- und Mitteldeutschland wieder ansteigende Temperaturen, verbreitet leichte Schneefälle, im Nordosten sehr kalt.

Unser Genosse Georg Buchmann legt Wert darauf, festzustellen, daß er mit der Ehrenerklärung, die am Dienstag, 17. Januar, im „Vorwärts" in der 1. Beilage auf der 3. Seite abgedruckt war, mit dem Unterzeichner „Buchmann" nicht identisch ist.

Eltern, die ihre Kinder in freiheitlichem Geist erziehen wollen, befreien sie vom Religionsunterricht und melden sie bis zum 31. Januar d. J. täglich von 10 bis 13 Uhr im Amtszimmer der Weltlichen Schule Dieffenbachstr. 60/61 an.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.

Freidenker des 19. und 20. Bezirks Charlottenburg. Am Donnerstag, dem 19. Januar, 19.30 Uhr, Gemeinschaftsabend im Türkischen Zelt, Berliner Str. 33. Programm: 1. Lichtbildervortrag: Die Völker der Erde im Banne von Zauberern und Wahrsagern. Vortragender: Genosse Wilhelm Schmidt. 2. Rezitationen: Martha John. Mitgliedsbuch ist mitzubringen, und am Saaleingang vorzuzeigen.

Arbeiterbildungsschule.

Seminar: „Die sozialen Strömungen der Gegenwart im Lichte der Literatur." Dr. Karl Schröder. Die soziale Struktur der Nachkriegszeit. Spiegelung dieser Veränderungen in der Dichtung im öffentlichen Pressewesen, im Theater, Kino, Radio usw., in der Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Religion usw. Beginn am Freitag, dem 20. Januar, 19.30 Uhr.

Zentralkursus: „Die Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung." Paula Kurgaß. Stand der Arbeiterbewegung in den wichtigsten Ländern unter Berücksichtigung der Geschichte der sozialistischen Frauenbewegung. Beginn am Donnerstag, dem 19. Januar, 19.30 Uhr. Beide Kurse finden im Hause Lindenstraße 3 statt, umfassen je 10 Abende und das Hörgeld beträgt pro Kursus 2.50 Mark.

Beginn aller Veranstaltungen 19½ Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

6. **Kreis.** Heute Kreisvorstand und Abteilungsleiter pünktlich im kleinen Sitzungszimmer bei Rabe.
7. **Kreis. Freidenker.** Donnerstag, 19. Januar, im Türkischen Zelt, Berliner Straße 33, Gemeinschaftsabend. Lichtbildervortrag, Rezitationen: Martha John. Eintritt 20 Pf. Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen. 15 Uhr Erwerbslosenzusammenkunft im Heim Rosinenstr. 4. 16 Uhr Vortrag des Genossen Arnold Marx über die politische Lage.
9. **Kreis.** Donnerstag, 19. Januar, 20 Uhr, Kreisvertreterversammlung im Viktoriagarten, Wilhelmsaue 114. Stellungnahme zum Bezirks- und Reichsparteitag. Mitgliedsbuch und Mandatskarte müssen vorgezeigt werden.
14. **Kreis.** Heute, 15 Uhr, Besichtigung des Hauses Kinderschutz in Zehlendorf, Wilhelmstr. 14. Treffpunkt 14½ Uhr pünktlich U-Bahnhof Onkel Toms Hütte.
16. **Kreis.** Heute, 20 Uhr, Kreisbildungsausschußsitzung im Türkischen Zelt.
20. **Kreis.** Donnerstag, 19. Januar, Erwerbslosenzusammenkünfte an folgenden Stellen: 15 Uhr Reinickendorf-Ost, Schule Hoppestraße. Wie komme ich zu der mir zustehenden Unterstützung? Referent: Dr. Hanisch. 15 Uhr Reinickendorf-West, Volkshaus Scharnweberstr. 114. Vortragender: Genosse Klewitz. 16 Uhr Wittenau, Referent: Hans Marx. 15 Uhr im Jugendheim Tegel, Schöneberger Str. 3. Referent wird in der Veranstaltung bekanntgegeben.

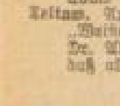
6. **Abt.** Heute Vorstandssitzung bei Dobrohlaw.
7. **Abt.** Die Ausweise zum Kreisvertretertag am 20. Januar werden am Saaleingang ausgehändigt.
25. **Abt.** Die angekündigte Versammlung der jüngeren Parteimitglieder fällt umständehalber aus und findet am Mittwoch, dem 25. Januar, statt. Die Mitgliederversammlung findet erst am Donnerstag, dem 19. Januar, im Saalbau Friedrichshain (Mittelsaal) statt. Jahresbericht und Neuwahl des Vorstandes.
31. **Abt.** Achtung, Kreisdelegierte! Heute, ab 17 Uhr, Delegiertenkarten von Goldschmidt abholen.
36. **Abt.** Donnerstag, 19. Januar, eine halbe Stunde vor der Kreisvertreterversammlung Ausgabe der Delegiertenkarten bei Ewest.
48. **Abt.** Donnerstag, 19. Januar, 18 Uhr, Verteilung der **Häuserblockzeitung** bei Deus, Wasserturstr. 27.
77. **Abt.** Heute, 20 Uhr, Jahresmitgliederversammlung im Gesellschaftshaus des Westens, Hauptstr. 30.
85. **Abt.** Heute Sitzung des engeren Vorstandes beim Abteilungsleiter. Donnerstag, 19. Januar, Jahresversammlung im Lokal Kurfürst, Dorfstraße. Jahresbericht, Neuwahl. Wahl der Delegierten zum Bezirks- und Reichsparteitag. Anträge.
92. **Abt.** Heute, 20 Uhr, Zusammenkunft jüngerer Parteimitglieder im Jägerheim, Wildenbruchstr. 81. Das neue Spanien. Referent: Otto Bach.
104. **Abt.** Heute an bekannter Stelle Unterhaltungsnachmittag für die erwerbslosen Parteimitglieder.

Frauenveranstaltungen:

4. **Kreis.** Achtung! Die Arbeitsgemeinschaft muß umständehalber in dieser Woche ausfallen. Nächste Woche wieder **Mittwoch.** Zimmer 4, Bezirksamt, Danziger Straße.
7. **Kreis.** Freitag, 20. Januar, 18½ bis 20 Uhr, **Sprechchorgruppe** im Jugendheim.
14. **Kreis.** Heute, 15 Uhr, Besichtigung des Hauses Kinderschutz in Zehlendorf, Wilhelmstr. 14. Treffpunkt pünktlich 14½ Uhr U-Bahnhof Onkel Toms Hütte.

Teltow. Am Donnerstag, dem 19. Januar, 20 Uhr, Frauenversammlung im „Weißen Schwan". Thema: Was sagt der Arzt? Referentin: Frau Dr. Alexander. In Anbetracht dieses wichtigen Themas ist es erwünscht, daß alle Genossinnen erscheinen.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.



Achtung, Kreisleiter! Die Adressen der Mitarbeiter an der Arbeitsmappe „Wandern" erbitten wir heute telephonisch.

Kreuzberg. Heute tagen die Neigungskreise an den bekannten Stellen.

Neukölln. Achtung, Rote Falken und Eltern! Die Einäscherung unserer Genossin Lieselotte Kroll findet heute, Mittwoch, 19½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt.

Der **Spielabend** fällt für die Abteilungen 3, 5 und 7 heute wegen der Einäscherung aus.

Hohenschönhausen. Heute Basteln der Jungfalken von 17½ bis 19½ Uhr im Jugendheim.

Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt.

7. **Kreis, Charlottenburg.** Freitag, 20. Januar, 19½ Uhr, im Jugendheim Rosinenstr. 4 Sitzung der Arbeiterwohlfahrt. Jahresbericht. Verschiedenes.

14. **Kreis Neukölln.** Mittwoch, 18. Januar, 15 Uhr, Besichtigung des Hauses Kinderschutz in Zehlendorf, Wilhelmstr. 14. Treffpunkt pünktlich 14½ Uhr U-Bahnhof Onkel Toms Hütte.

Achtung, Kreis- und Abteilungsleiterinnen der Arbeiterwohlfahrt! Die Funktionärkarten müssen für das Jahr 1933 erneuert werden. Die alten Karten für 1932 sind ungültig.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

38. **Abt.** Am Freitag, dem 13. Januar, verstarb unser langjähriges Mitglied und treuer Genosse Friedrich Bettge im Alter von 52 Jahren. Ehre seinem Andenken! Einäscherung am Donnerstag, dem 19. Januar, 18 Uhr, in Baumschulenweg. Um rege Beteiligung wird gebeten.

45. **Abt.** Am 16. Januar verstarb nach 25jähriger Mitgliedschaft unser Genosse Fritz Menna, Forster Straße 57, im Alter von 54 Jahren. Ehre seinem Andenken. Die Bestattungsfeier findet am Donnerstag, dem 19. Januar, 17½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt. Rege Beteiligung erwünscht.

109. **Abt.** Unsere Genossin Elisabeth Oslatt, Köpenicker Straße, ist verstorben. Ehre ihrem Andenken. Beerdigung Mittwoch, 18. Januar, 16 Uhr, auf dem Friedhof in Friedrichshagen. Um rege Beteiligung, besonders der Genossinnen, wird gebeten.

117. **Abt.** Unser lieber Genosse Kurt Brußkus, Ostbahnstr. 11, ist im 41. Lebensjahre plötzlich verstorben. Ehre seinem Andenken. Beerdigung: Donnerstag, 19. Januar, 10 Uhr, Weißensee, Jüdischer Friedhof, alte Halle. Um rege Beteiligung wird gebeten.

127. **Abt.** Am Freitag, dem 13. Januar, verstarb plötzlich unser langjähriges Mitglied, der Invalide Alexander Gundlach, Dingelstädter Str. 8, im Alter von 59 Jahren. Wir werden sein Andenken in Ehren halten. Die Beerdigung fand am Montag, dem 16. Januar, auf dem Friedhof in der Gärtnerstraße statt.

SAJ Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2, vorn 1 Treppe rechts.

Abteilungsleiter! Reicht das Februarprogramm ein. Noch immer fehlen 14 Quartalsberichtsbogen! Morgen werden an dieser Stelle die Abteilungen genannt, die ihre Pflicht nicht erfüllen.

Heute, Mittwoch, 18. Januar, 20 Uhr:

Gesundbrunnen (K.-F.): Koloniestr. 22. Tanzabend. — **Hohenschönhausen:** Funktionärversammlung beim Genossen Otterstein, Werneuchener Str. 2. — **Andreasplatz I:** Brommystr. 1. Funktionärsitzung. — **Andreasplatz II:** Brommystraße 1. Humoristischer Abend. — **Boltenplatz:** Tilsiter Str. 4–5. Lichtbilder: Indien. Genossen anderer Gruppen sind eingeladen. — **Frankfurter Viertel:** Frankfurter Allee 307. Politische Zeitungsschau. — **Petersburger Viertel:** Eberthstraße 12. Sexuelle Fragen. — **Warschauer Viertel** (K.-F.): Litauer Str. 18. Wir lernen Lieder. — **Spandau:** Lindenufer 1. Liederabend. — **Wannsee:** Restaurant Lindenhof. Schallplattenabend. — **Britz:** Funktionärversammlung um 19½ Uhr im Konsum-Keller. — **Bohnsdorf und Falkenberg:** Wachtelstr. 1. Was will die SPD.? — **Friedrichshagen:** Friedrichstr. 67. Tagespolitik. — **Kaulsdorf:** Schule Adolfstr. 25. Worüber lacht man? — **Lichtenberg-Mitte:** Scharnweberstr. 22. Tagespolitik. — **Neu-Lichtenberg:** Zahlabend der Bastei 19½ Uhr in Kerns Festsälen. — **Lichtenberg-Nord:** Gunterstr. 44. Glaßbrenner-Abend. — **Mahlsdorf:** Melanchthonstr. 63. Partei und Weltkrieg. II. — **Reinickendorf-West:** Seidelstr. 1. Unser Parteiprogramm. V.

Werbebezirk Neukölln: 19½ Uhr Vorstandssitzung im Parteibüro. Bandzeitungen mitbringen.

Werbebezirk Lichtenberg: Die für Freitag vorgesehene Mitgliederversammlung muß infolge technischer Schwierigkeiten ausfallen.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, 19½ Uhr: **Südwesten:** Jugendheim Yorckstr. 11 (Fabrikgebäude). 10 Jahre Gruppe Südwesten. — **Schöneberg:** Jugendheim Hauptstr. 15 (Gartenhaus). Die Geschichte der Arbeiterbewegung. — **Spandau-Neustadt:** Jugendheim, Lindenufer 1. Die Frau im Recht. — **Nordring:** Jugendheim Sonnenburger Str. 20. Die Wandgottheiten. — **Weißensee:** Jugendheim Weißensee, Caseler Str. 2. Der schwarze Sonntag 1905. — **Arnswalder Platz:** Jugendheim Schönlanker Str. 11, Baracke 6, rechter Eingang. Spielabend. — **Neukölln:** Jugendheim Bergstr. 29 (Hof). Turnabend. — **Flughafen:** Jugendheim Flughafenstr. 68 (U-Bahn Boddinstraße). Betriebsrätegesetz. (Reihenvortrag.) — **Humboldt:** Jugendheim Buttmannstr. 22. Kameradschaftssache — Kameradschaftsliebe. — **Schillerpark:** Jugendheim Schule Schöningstr. 17. Französische Fremdenlegion. — **Baumschulenweg:** Jugendheim Baumschulenweg, Ernststr. 18. Bub und Mädel. — **Charlottenburg:** Jugendheim Wallstr. 76, Zimmer 1. Gewerkschaften und Bolschewismus. — **Staaken:** Jugendheim 17. Volksschule, Gartenstadt, Kirchplatz (Omnibushaltestelle 31). Gewerkschaftliche 10-Minuten-Referate. — **Jugendgruppe des Gesamtverbandes** (Fachgruppe Handels- und Transportgewerbe): Jugendheim Gewerkschaftshaus, Engelufer 24/25, Aufg. B, part. Aus Hofemanns neuer Mappe: „Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk". — **Fachgruppe Gärtnerei und Binderei:** Lichtbildervortrag: Kultur, Pflege und Verwendung der Kakteen".

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Mittwoch, finden folgende Veranstaltungen statt: **Schönhauser Vorstadt:** Jugendheim der Schule Kastanienallee 81. Arbeitsgemeinschaft: Stellung und Bedeutung der Gewerkschaften in monarchistischen und faschistischen Staaten. Leiter: Nachow. — **Nordost I:** Jugendheim Danziger Str. 62, Baracke 3. Vortrag: Der Lehrling und der jugendliche Angestellte im Arbeitsrecht. Referent: Lehrer. — **Reinickendorf:** Jugendheim Lindauer Str. 2 (Baracke). Tagespolitische Rundschau. — **Neukölln:** Jugendheim Böhmische Str. 1–3, Ecke Kanner Straße. Vortrag: Bürgerliche und sozialistische Frauenbewegung. Referent: Hanni Moosdorf. — **Schöneberg:** Jugendheim Hauptstr. 15 (Holzgebäude, Sachsenzimmer). Arbeitsgemeinschaft: Die Welt der werktätigen Jugend. (1. Abend.) Leiter: Huhn. — **Südost:** Jugendheim Manteuffelstr. 7. Kurzreferate. — **Charlottenburg:** Jugendheim Spielhagenstr. 4. Das Programm wird auf der Veranstaltung bekanntgegeben. — **Spandau:** Jugendheim Lindenufer 1. Tagespolitische Rundschau. — **Potsdam-Nowawes:** Jugendherberge Nowawes. Arbeitsabend unserer Übungsfirma. — **Die Versicherungsgesellschaft „Sorgenfrei" A.-G.** tagt heute von 17 bis 19 Uhr im Verbandshaus, Hedemannstr. 12.

Betriebsfraktion der SPD. bei der Charité. Heute, 19½ Uhr, Lokal Ziegel-, Ecke Kalkscheunenstraße. Fraktionsversammlung. Thema: Unsere Aufgaben im neuen Jahr. Referent: Karl Dressel.

SPD.-Afa-Arbeiter im Bezirk Friedrichshain. Freitag, 20. Januar, 19 Uhr, Ewest Gesellschaftshaus, Große Frankfurter Str. 30. Fraktionsversammlung. Thema: Unsere Aufgaben im neuen Jahr. Referent: Karl Dressel.

SPD.-Betriebsfraktion bei der Fa. Kahnemann. Freitag, 20. Januar, 17 Uhr, Kindl-Quelle, Ziegelstr. 31, Ecke Kalkscheunenstraße. Fraktionsversammlung mit Sympathisierenden. Thema: Was das neue Jahr bringt. Referent: Karl Dressel.

SPD.-Fraktion bei der Hauptwerkstatt der BVG., Uferstraße. Freitag, 20. Januar, 19½ Uhr, Lokal „Zum Nußbaum", Plötzensee, Straße 12. Jahresversammlung. Tagesordnung: Jahresbericht, Neuwahl des Vorstandes, Bestätigung der politischen Vertrauensleute, Verschiedenes.

SPD.-Betriebsfraktion beim Städtischen Obdach, Fröbelstraße. Freitag, 20. Januar, 20 Uhr, Lokal Helbugkl, Danziger Str. 16. Fraktionsversammlung. Thema: Unsere nächsten Aufgaben. Referent: Genosse Lehnert.

Afa-Arbeiter-Fraktion Prenzlauer Berg. Sonnabend, 21. Januar, 19 Uhr, im Altersheim, Danziger Str. 62. Jahresversammlung. Aufgaben des Parteitages. Referent: Hans Marx. Bericht, Wahlen. Parteibuch legitimiert.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37–38, Hof 2 Tr.

Kreis Osten (Jungba). Mittwoch, 18. Januar, 20 Uhr, Kreismitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, Saal 1. Antreten in Bundeskleidung. — **Tiergarten** (Ortsverein). Mittwoch, 18. Januar, 20 Uhr, Jahresversammlung im Restaurant Patzenhofer, Turmstr. 25. Buchkontrolle. — **Charlottenburg.** Kameradschaft Zoo, Donnerstag, 19. Januar, 20 Uhr, Jahresversammlung mit Neuwahlen bei Christel, vorm. Arndt, Kantstr. 51. — Kameradschaft Wittenberg, Mittwoch, 18. Januar, 20 Uhr, Jahresversammlung mit Neuwahlen im Ranke-Haus, Rankestr. 4, vorn IV (Sitzungssaal). Buchkontrolle. — **Lichtenberg.** Freitag, 20. Januar, 20 Uhr, Kameradschaftsgeneralversammlungen mit Neuwahl des Gesamtvorstandes: Kameradschaft Borhagen bei Stüber, Jungstr. 28. Kameradschaft Traveplatz bei Seipke, Scharnweber- Ecke Kronprinzenstraße. Kameradschaft Rummelsburg bei Braun, Türrschmidtstraße 40. Kameradschaft Friedrichsfelde bei Schwarz, Caprivallee 104. Alle aktiven und passiven Kameraden müssen erscheinen. — **Kreuzberg** (Ortsverein). Unser Kamerad Gustav Schmidt ist verstorben. Ehre seinem Andenken. Einäscherung Donnerstag, 19. Januar, 11 Uhr, Gerichtstraße. Antreten aller dienstfreien Kameraden ist Pflicht.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin.

Geschäftsstelle: P. Schneider, Berlin NO. 55, Hufelandstr. 31.

Neuköllner Sängerchor. Sonntag, 29. Januar, 15 Uhr, Jahresgeneralversammlung im Deutschen Wirtshaus, Neukölln, Bergstr. 136–137. Sonntag, 5. Februar, 10 Uhr, Singen im Preußischen Landtag zur Eröffnung des Bezirksparteitages.

Arbeiter-Stenographenverein Groß-Berlin. Ortsgruppe des Arbeiter-Stenographenverbandes für das deutsche Sprachgebiet. Neue Anfängerkurse in Reichskurzschrift: Nordosten: Volksschule Senefelderstr. 6, Dienstag, 17. Januar. Norden: Volksschule Schulstr. 99, Dienstag, 17. Januar. Südwesten: Volksschule Gneisenaustr. 7, Dienstag, 17. Januar. Südosten: Volksschule Reichenberger Str. 67, Donnerstag, 19. Januar. Osten: Volksschule Litauer Straße 18, Donnerstag, 19. Januar. Neukölln: Karl-Marx-Schule, Kaiser-Friedrich-Str. 209, Dienstag, 17. Januar. Schöneberg: Volksschule Feurigstraße 37, Dienstag, 17. Januar. Lichtenberg: Volksschule Holteistr. 7–9, Donnerstag, 19. Januar. Charlottenburg: Volksschule Oranienstr. 13–15, Freitag, 20. Januar. Anfang sämtlicher Kurse 19½ Uhr. Kursusdauer: 18 Doppelstunden. Preis: Erwachsene 6 M., Jugendliche 5 M., Erwerbslose 4 M. einschließlich Lehrmaterial. Anmeldung am 1. und 2. Kursusabend. Weitere Auskunft über Fortbildungs-, Uebungs- und Debattekurse erteilt der 1. Vorsitzende: O. Wenghoefer, Velten i. d. Mark, Wilhelmstr. 10a.

Landsmannschaft der Schleswig-Holsteiner zu Berlin (1880). Geschäftsstelle: S. 14, Prinzenstr. 61. Donnerstag, 19. Januar, im Dresdener Garten, Dresdener Str. 45, 20 Uhr, Jahresgeneralversammlung. Geschäftliche Mitteilungen. Aufnahme neuer Mitglieder. Geschäfts- und Kassenbericht vom IV. Quartal 1932. Wahl des Gesamtvorstandes, der Revisoren und der verschiedenen Kommissionen. — Anträge. Unser Karnevalsabend am 19. Februar 1933. Schinkentour 1933. Fastnachtsfeier. Verschiedenes aus der Heimat. Landsleute, Damen und Herren, willkommen.

Freireligiöse Gemeinde, Bezirk Norden I. Mittwoch, 18. Januar, 20 Uhr, Pappelallee 15, Mitgliederversammlung. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. **Bezirk Osten I und II.** Donnerstag, 19. Januar, 20 Uhr, bei Wirtschaft, Petersburger Str. 5.

Mandolinen-Vereinigung Lichtenberg. Dirigent: H. Steinmeßel. 20 Uhr im Restaurant Rathaus-Eck, Lichtenberg, Rathausstr. 1.

Sturmvogel E. V., Ortsgruppe Treptow. Film- und Lichtbildwerbeveranstaltung am Freitag, dem 20. Januar, 20 Uhr, im Vereinsrestaurant Albert Mann, Berlin SO. 36, Kiefholzstr. 21. Alle flugsportbegeisterten Genossen sind hierzu herzlichst eingeladen.

Longfellow English Debating Club, Bülowstr. 104. Heute abend, 8¼ Uhr, spricht Mr. Bulman-Smith, M. A., über das Thema: „The Problem of Leisure." **Gäste willkommen.**

Zwei Lebende und ein Toter

Roman von Sigurd Christiansen

31]

Berger machte ein sehr besorgtes Gesicht. „Wenn es nur nicht entdeckt wird."

Aber Rognos antwortete abwehrend: „Ausgeschlossen. Glauben Sie, es fällt der Post auf, daß jemand einen postlagernden Brief nach Gjövik einschreiben läßt? Nach einem Monat wird sich niemand mehr dessen erinnern. Und keine Menschenseele wird darauf verfallen, mich mit diesem Brief in Verbindung zu setzen."

„Und die Handschrift?"

„Da müßten sie zunächst einmal sämtliche Handschriften im Lande untersuchen. Und zweitens habe ich natürlich nicht geschrieben, ich habe lateinische Buchstaben gemalt."

„Und die Fingerabdrücke?"

„Erstlich mal sind meine der Polizei unbekannt. Und zweitens sind gar keine vorhanden. Papier und Umschläge habe ich mit Handschuhen gekauft und mit Handschuhen habe ich geschrieben. Nicht mal das Geld habe ich mit bloßen Händen berührt. Und die Tinte stammt aus der Posthalle."

Er versuchte, ganz kaltblütig auszusehen, aber er errötete doch.

„Nicht wahr", sagte er. „Ich sollte eigentlich Spitzbube von Beruf sein?"

Berger machte eine abwehrende Bewegung. Und nach einer kurzen Stille sagte er: „Ich dachte nicht, daß all das so einfach wär'."

„Es war auch nicht einfach. Wir haben beide wer weiß wie viele Verfahren ausprobiert, bis wir das rechte fanden. Wenn der Selbsterhaltungstrieb die Phantasie bis zum äußersten aufpeitscht, dann findet sie eben zuletzt immer was Brauchbares."

Wieder kam eine Pause. Berger erhob sich, um sich etwas Bewegung zu verschaffen. Aber er kam nicht weit, er blieb gleich stehen.

„Und nun?" fragte er.

„Ja — und nun? Das haben Sie zu entscheiden, wie ich Ihnen schon sagte."

Berger schüttelte unwillig den Kopf. „Das habe ich Ihnen schon beantwortet."

„Ich möchte aber gern, daß Sie es erst nochmal beschließen. Ich möchte ungern eine Antwort haben, die Sie später bereuen würden."

„Ich werde sie nicht bereuen."

„Und dennoch möchte ich Ihre Antwort nicht heute schon haben. Ich werde in der kommenden Woche jeden Abend zwischen neun und zehn hier auf Sie warten."

„Und wenn ich an meiner Antwort festhalte?"

„Dann sehen wir uns nie wieder."

Berger bestätigte dies mit einem schweren Nicken.

„Nie", sagte er.

Beide hatte eine merkbare Erregung ergriffen. Rognos sagte — mit abgewandtem Blick: „Dann werde ich das Land verlassen."

„Das Land verlassen?"

„Ja, ich habe Aussicht auf eine Anstellung in einem norwegischen Geschäft irgendwo im Ausland."

Berger schien erleichtert. „Nehmen Sie die Stelle nur an", sagte er. „Sie können es ruhig tun. Ich werde nie anders darüber denken."

„Sind Sie dessen so sicher?"

„Ja — ganz sicher."

„Und Sie glauben nicht, daß ich mich anzeigen sollte?"

„Wozu sollte das gut sein?"

Rognos sah vor sich nieder, bleich und gequält. „Um zu sühnen", sagte er. „Um meine Strafe zu erleiden."

Dies klang, als habe er daran schon lange gedacht. Berger betrachtete ihn verwundert und nachdenklich. Dann schüttelte er den Kopf.

„Was hülfe das", sagte er. „Ich glaube nicht an eine äußerliche Sühne."

„Und die innere?"

„Doch. Aber damit ist es ja schon in Ordnung." Dann sagte er, schwer, als ob seine eigenen Worte ihn belasteten: „Da sitze ich nun und höre Ihre Bekenntnisse an und habe doch nicht das Gefühl, einen Verbrecher vor mir zu haben. Es mag töricht klingen, aber ich hatte mehrere Male die Empfindung, als handle es sich bei allem, was Sie mir erzählten, gar nicht um uns. Als ob andere es erlebt hätten."

Rognos sah ihn aufmerksam an. Dann wandte er seine Augen ab. „So ist es wohl auch", sagte er.

Er saß mit gesenktem Blick, die Hände im Schoß. Berger betrachtete ihn noch eine Weile, dann ging er zögernd nach seinem Winterüberzieher und zog ihn an. Sein Gesicht hatte dabei einen versonnenen und wehen Ausdruck. Und es dauerte eine Weile, bis diese Schwere von ihm abglitt. Dann trat er mit dem Hute in der Hand vor Rognos, der ihm ernst und fast feierlich entgegensah.

„Ich sage Ihnen jetzt Lebewohl", sagte er. „Es ist mir fast wie ein Begräbnis."

Er schüttelte hilflos den Kopf. Und Rognos stand auf und gab ihm schweigend die Hand. Keiner von beiden vermochte noch etwas zu sagen. Sie machten es mit einem kurzen Händedruck ab.

Erst, als er die Tür hinter sich schließen wollte, sagte Berger: „Erwarten Sie mich nicht. Es ist abgemacht. Ich komme nicht wieder her."

7.

So wurde Berger zum zweitenmal in den Strom des Geschehens hineingerissen. Nicht so jäh wie das erstemal und nicht mit diesen nie zu verwindenden äußeren Eindrücken. Und doch erschütterte es ihn auch diesmal bis ins innerste Mark. Erinnerung und Phantasie waren in einem Aufruhr, der ihn fortriß, ohne daß er auch nur den Versuch machen konnte, ihn zu meistern. Erfüllt bis zum Rande, lief er bis in die späte Nacht in den Straßen umher. Was ihm am deutlichsten und beklemmendsten im Gedächtnis stand, war nicht Rognos' langer Bericht. Der war trotz allem nur die erschütternde Erklärung eines Ereignisses, das bereits acht Jahre zurücklag. Nein, was sich in ihm festgebissen hatte mit derselben Furchtbarkeit wie damals, als es geschah, weil es in sich ja auch das ganze verworrene Geschehen erklärte, das waren Rognos' Worte: „Ich weiß nämlich, wer Quisthus getötet hat." Was er empfand, als er diese Worte hörte und als ihm die Wahrheit langsam und mit unheimlicher Sicherheit aufging, das überschattete alles andere.

Ich habe ihn ins Gesicht geschlagen, dachte er, ich konnte nicht anders. Es war die einzig mögliche Antwort, das einzige, was mir wenigstens etwas darüber hinweghelfen konnte. Und hatte ich nicht das Recht dazu — wenn es auch zu spät war — und wenn ich es auch hinterher bereute?

Er überquerte eine Straße, ohne es zu merken. Herrgott, was habe ich erlebt, stöhnte es in ihm. Ein Wunsch ist mir erfüllt worden, ich weiß es — hätte ich aber gewußt, wie, nie hätte ich es gewünscht. — Und grade der. — Der!

Er schauderte und schüttelte den Kopf, als ob er es dadurch loswerden, es von sich schleudern könnte. Nein, es ging nicht, es ließ sich nicht abschütteln. Es war geschehen. Der hier ging, das war er, und der, von dem er kam, war Rognos.

Es war zwei Uhr nachts, als er nach Hause kam. Als er ins Schlafzimmer trat, saß Helene aufrecht im Bett und sah ihn schlaftrunken und erschrocken an.

„Was fällt dir ein?" fragte sie. „Weißt du denn nicht, daß du um sechs Uhr aufstehen mußt?"

Er nickte ihr nur beruhigend zu und fing an, sich zu entkleiden, ohne sie anzusehen.

„Ist etwas geschehen?"

„Wieso?"

„Du siehst so verstört aus."

„So? — Nein, es ist nichts."

Es quälte ihn, wie sie dalag und ihn überwachte. Und es war ihm eine Erleichterung, als er das Licht löschen konnte. Er wandte ihr den Rücken zu und verkroch sich unter die Bettdecke, um mit seinem Erleben allein zu sein.

(Fortsetzung folgt.)

Was gibt es Neues?

Ein Blick in die Technik

Mignons Sehnsucht nach dem Land, wo die Zitronen blühn, hat heute in mehrfacher Beziehung einen zitronensauren Beigeschmack. Das soll keine politische Anspielung sein, sondern hat mit Italiens Nationalfrucht selbst zu tun. Man befürchtet, daß dies schöne Exportgeschäft (150 Millionen Lire im Jahr) in absehbarer Zeit ein Ende nehmen wird, denn die Zitrone wird langsam, aber sicher ein Opfer der Chemie. Es geht nicht um die zwanzig Prozent für Limonadenzwecke, sondern um die übrigen achtzig, die von der Industrie als zitronensaurer Kalk verwendet werden, den sich aber diese Industrie, ohne einen Baum zu schütteln, jetzt selbst herstellen kann, nämlich aus Zucker.

Durch die zersetzende Tätigkeit eines Bazillus werden zwei Kilo Rohrzucker durch Gärungsprozeß in ein Kilo zitronensauren Kalk verwandelt. Das ist billiger und bequemer, als Zitronen zu pflücken. Sollte die Zitrone dasselbe Schicksal haben wie der Indigo, der Kampfer oder die Essigsäure, die heute fast ausschließlich synthetisch hergestellt werden? Wird der Zitronenhain, das Landschaftssymbol Italiens, nur noch als Kulisse dem Fremdenverkehr zu dienen haben?

Und der schöne Kaffee! Er offenbart die tragische Seite technischer und alchimistischer Kunststücke. Wenn Zeitungen ihrem Leser die Vernichtung von drei Millionen Sack Kaffee als „Kuriosum" auftischen, so werden höchstens jene darüber lächeln, die noch neben einem duftenden Mokka sitzen, aber die anderen . . . Das ist ein Kapitel für sich. Jedenfalls will man in Santos den billigen Kaffee, der heute billiger als Kohle ist und von dem den Fischen nur übel wird, irgendwie zu Geld machen. Zu diesem Zweck wurden erfolgreiche Versuche unternommen, gemahlenen Kaffee zu Briketts zu verarbeiten und diese alsdann für Gaserzeugung zu verwerten. Die Gasfabriken beabsichtigen diesen Prozeß im großen Stil durchzuführen, und man kann dazu nur sagen: seltsam sind die Wege der Kaffeebohne.

Da ereignete sich noch ein Fall, über den die „Umschau" berichtet und der deutlich die tragische Situation unserer Zeit beleuchtet. In Dänemark wurde kürzlich das Fleisch von 25 000 abgemolkenen Kühen nicht, wie üblich, zu Wurst verarbeitet, sondern zu Tierkörpermehl als Schweinefutter und zu Leim für technische Zwecke. Das brachte mehr als der Verkauf auf dem Viehmarkt! Mit diesem Leim werden wir auch nicht die aus den Fugen gegangene Welt zusammenkleben, aber auf das Fleisch — selbst abgemolkener Kühe — warten zahllose knurrende Mägen.

Das Sprichwort vom Glück und Glas, die so schnell brechen, hat heute seine Gültigkeit verloren. Das Glück kommt gar nicht dazu, in Stücke zu gehen, weil es nicht da ist, und das Glas wird heute so unzerbrechlich hergestellt, daß man es als Panzer für Gewehrkugeln verwenden kann. Daneben ist es gelungen, Glas als äußerst stabilen Werkstoff zu bearbeiten. Mit dem neuen Hartmetall Widia läßt sich ein Glasblock in der Drehbank schneiden, bohren und fräsen, als wäre er aus Holz. (Natürlich gibt es bei dem spröden Material keine Späne.) Diese Methode gibt des Glas zahlreiche neue Verwendungsmöglichkeiten.

Was dem Glas billig ist, mag dem Kautschuk recht sein. Nach dem ungeheuren Preissturz im Jahre 1931 bemüht man sich, neue Absatzmöglichkeiten für dieses Naturprodukt zu schaffen. Den Weg dazu wies ein Verfahren, die Kautschukmilch (Latex) dort, wo sie aus dem Baum fließt, im Rohzustand zu konservieren, damit man sie nach Belieben später verarbeiten kann. Dadurch ist der Kautschuk zum Werkstoff der unbegrenzten Möglichkeiten geworden. Neben den uns bekannten Badeartikeln, den Schuhen und Bällen, wird er vielleicht bald als Baumaterial eine Zukunft haben. Mit Erfolg wurden Rohrleitungen aus ihm hergestellt, die ebenso säure- und bruchfest wie die besten Metallrohre sind. Auch für Gefäße bewährt er sich gut. Aber eine hübsche Neuheit ist ein Schlaffofa, das aus einer Mischung von Kautschukmilch und Roßhaar besteht. Es ist elastisch, dauerhaft, hygienisch und mottensicher. Was will man mehr . . . höchstens das Geld und die Ruhe, um sich darauf auszustrecken. In Amerika, das man einst das Land der unbegrenzten Möglichkeiten nannte, liefen Ende vorigen Jahres zwei Schiffe vom Stapel, die „New York" und „Havana", deren Konstruktion wirklich neuartig ist. Sie können nämlich 100 beladene Frachtzüge in ihrem gewaltigen Eisenleib verstauen. Ein Spezialkran ladet die Züge ein und aus, und das Einladen eines Zuges soll nicht länger als drei Minuten dauern. In vier Etagen werden die Züge untergebracht. Die ganze Geschichte beruht auf einem Rechenexempel. Man hält diese Methode für richtiger und billiger als das zweimalige Umladen der Waren. „Zeit ist Geld" hat trotz der Depression seine faszinierende Wirkung auf den Amerikaner nicht verloren.

Zum Schluß noch ein kurioser Fall: Bei einem Wolkenbruch in Kalifornien wurde ein Bahndamm so mitgenommen und unterwühlt, daß ein Zug abstürzte. Die Beamten konnten sich noch rechtzeitig retten, aber die Lokomotive war eine Stunde später in einem neu entstandenen Flußbett unter dem Schlamm völlig verschwunden. Sie wurde vergebens gesucht, bis ein Ingenieur auf die Idee kam, die kostbare Lokomotive mittels einer Magnetnadel zu suchen. Er ging das Flußbett entlang, und plötzlich zeigte die Nadel senkrecht nach unten. Die Maschine lag 5 Meter unter der Oberfläche, und ihre Ausgrabung und Hebung kostete die Kleinigkeit von 100 000 M.

Gog.

Grigory Oscheroff:

Kidjil

Durch Zufall — weil man alles Schöne und Merkwürdige nur so erleben kann — durch Zufall erlebte ich auch diese kleine Geschichte mit Kidjil.

Es war in einem kleinen Fischerdorf im Süden Italiens. Wir saßen beisammen, einige Maler, Malerinnen, Schriftsteller und andere Künstler, tranken Wein und warteten auf den Hausherrn, den Kunsthistoriker W., der nach Capri gefahren war und einen guten „Lacrimae Christi" von dort mitbringen wollte, zu dem er uns eingeladen hatte. Die Unterhaltung war allmählich ins Stocken geraten, nachdem alle Geistergeschichten des Orts sowie die Klatschereien der Kolonie durchgenommen waren; da lenkte das Gequake von Enten, die in einem Drahtkäfig auf der Terrasse saßen, das Gespräch auf neue Bahnen: auf Tiergeschichten.

Die Enten übrigens hielt der Kunsthistoriker nicht etwa zum gelegentlichen Entenbraten oder aus purer Tierfreude, nein, er wollte, wie er sagte, einmal augenscheinlich feststellen, wie lange Enten bis zu ihrem natürlichen Tode aus Altersschwäche leben können. Er war überhaupt ein origineller Kauz, und komische Geschichten und sonderbare Einfälle von ihm sind viele im Umlauf. Zum Rasieren gebrauchte er nie einen Spiegel (der einzige im Hause war gänzlich blind), sondern er malte mit Kohle einen Punkt an die Wand, stierte den Punkt an und schabte sich mit dem gänzlich stumpfen Messer die Stoppeln. Er behauptete, er sähe sich in diesem Punkte besser als in einem Spiegel, und tatsächlich schnitt er sich nie. . .

Seine Enten freilich sind doch keines natürlichen Todes gestorben. . . Wie er mir später erzählte, hatte er täglich der Enten wegen stürmische Auftritte mit seiner Haushälterin. Um dem zu entgehen — heiratete er die Haushälterin. Die Auftritte der Enten wegen hörten in der Folge tatsächlich auf, denn die corpora delicti kamen knusprig gebräunt mit Petersilie und Mohrrübchen garniert als Hochzeitsbraten auf den Tisch. Tränenden Auges er, lachenden sie bissen sie einträchtig beieinander sitzend in die wunden Entenkeulen. . .

Um auf Kidjil zu kommen: nach etlichen erzählten Tiergeschichten hörten wir das Bellen von Zerberus, und mit vielen Flaschen und einem Korb beladen trat unser Gastgeber in die Tür. Mit Hallo und Freudengeheul begrüßten und umringten wir ihn, doch er wies uns geheimnisvoll zurück. Langsam entledigte er sich der Flaschen und Pakete und stellte vorsichtig den verschnürten Korb auf den Tisch. Gespannt und neugierig beäugten wir den geheimnisvollen Korb. Umständlich pulte er die Knoten auf und löste zögernd die Stricke. Dann hob er den Deckel und zärtlich flötend rief er: „Kidjil! Ki—i—i—djil!"

Es zeigte sich zuerst ein flacher, rostbrauner Schlangenkopf mit türkisgrünen Augen, dann ein schmaler, sandfarbener Löwenkörper auf schlanken, hohen Beinen mit braunen Pfoten — ein herrlicher, junger, siamesischer Kater. Ein Begeisterungsbeifall donnerte ihm entgegen. Kidjil sah uns alle mit grünem, stolzen Blick an, dehnte und streckte sich, sprang vom Tisch herunter, machte ein paar Schritte und erblickte — Incubus.

Incubus war der alte Mauskater, der seit acht Jahren bereits im Hause wohnte, groß, dick, schwarz und plebejischer Herkunft. Wenn man „Incubus" rief, antwortete er stets mit krächzender Stimme: „Aeh — äh — äh!"

Incubus saß gerade vor seinem ominösen Reisnapf und fraß ergeben seine tägliche Reisportion. Kidjil, der neue Hausbewohner, schritt langsam auf Incubus zu, beroch ihn von hinten, machte ein ernstes Gesicht wie ein Weinkenner, der einen Tropfen Wein auf die Zunge genommen hat, horchte in sich, ging dann zu Incubus nach vorne, beschnüffelte ihn da, rollte die Augen, daß es grüne Blitze und grüne Sonnenfinsternisse darin gab, schüttelte verächtlich die Pfoten ab und — mit elegantem, federleichtem Satz sprang er auf das Sofa und streckte sich wie ein Großwesir auf der schönen, grauen Wolldecke aus.

Incubus ließ von seinem Reis ab, ging zur Tür hinaus und kehrte nicht wieder. Incubus wurde auch im Dorfe nie wieder gesehen und keiner weiß, was mit ihm geschah.

Elisabeth Dahlenz:

Kleine Zeilen

Letzte Bitte.

Lange gehn wir schon über die knisternde [Heide
Und wissen beide:
Zum letzten Mal . . .
Und möchten endlos so weiter wandern,
Nahe am andern,
In banger Qual —
Bis wir müde sind
Und Traum uns tröstet — und gütiger Wind
Die letzten Tränen verweht . . .

Geschichtchen aus Schwaben

Die trauernde Witwe.

Ich hörte in der Eisenbahn auf der Fahrt von Stuttgart folgendes Gespräch zwischen einem wackeren Schwaben und einer jungen Frau in Trauer:

„Also, liebe Frau, jetzt heulet Se no nemme! Des ischt jo schrecklich, wie Sie sich des zu Herze nehmet. Schterbe muß e jeder emol, und wenn Ihr Ma' hat fort müsse, no muß mer des eben au als Schicksal hi'nehme . . ."

„Ach . . ach . . ach . . . oooohh . . . , uuuuuhhh . ."

„Jetzt beruhiget Se sich doch! Sie send jo no so jung. Sie könnet au no emol heirate. Sie fendet immer no ein'n. — Ja, jetzt habbe mer Januar: wenn Se sich jetzt verlobe, no könnet Se um Dichtere zum wieder heirate . ."

„Uuuh . . . Sie hent guet schwätze . . . Bis Dichtere ischt 's no lang . . ." — erb —

Die Lohnschande im Siegerland

Man sollte es nicht glauben: Auch jetzt hört der Lohnabbau noch nicht auf

Aus Düsseldorf kommt folgende Meldung:

Der Schlichter hat den Antrag auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs für die Metallindustrie im Siegerland abgelehnt. Der Schiedsspruch der Schlichterkammer sah eine Ermäßigung der bisherigen Spitzenstundenlöhne von 58 auf 57 Pfennig vor. Die Arbeitgeber hatten den Schiedsspruch abgelehnt, weil sie nur 55 Pf. bewilligen wollten. Es werden 8000 Arbeiter betroffen.

*

Man faßt sich an den Kopf. Im Januar 1933, nach zwei Jahren unerhörten, wirtschaftszerstörenden Lohnabbaus, mitten in den schwersten Anstrengungen einer Reichsregierung und eines besonders zu diesem Zweck ernannten Reichskommissars, durch staatliche Maßnahmen Arbeit zu beschaffen, zu einer Zeit, wo jeder Schuljunge allmählich die Tatsache erfaßt hat, daß der gewaltsame und törichte Abbau der Massenkaufkraft im vergangenen Jahr nur wie eine mutwillige Verschärfung der Krise wirkte —

in solch verzweifelter Lage, die den schleunigsten Wiederaufbau der Löhne zu einem Gesetz der Vernunft macht, kommen Nachrichten über neuen Lohnabbau!

Noch schlimmer aber: der Schlichter, eine Staatsinstanz, die freilich in Düsseldorf sitzt, im Herzen der sozialen Reaktion, hat den Mut, nachdem schon die Schlichterkammer mit ihrem Schiedsspruch gegen die Vernunft verstoßen hat, die Unternehmer noch zu weiterem Lohnabbau zu ermutigen!

Die nächste Folge der unterlassenen Verbindlichkeitserklärung ist die Durchführung der von den Unternehmern angekündigten Aussperrung im ganzen Siegerland, um den beabsichtigten Lohnabbau gegen alle Gesetze der Moral, denn die Not ist unsäglich im Siegerland, und gegen alle volkswirtschaftliche Vernunft zu erzwingen.

Man muß sich wirklich fragen, wohin dieses Deutschland noch kommen soll,

wenn es Unternehmergruppen gibt, die jetzt noch vom Abbau der Löhne eine Besserung der Wirtschaftslage erhoffen. Mit rechten Dingen kann es bei solchen Unternehmerspekulationen nicht zugehen. Es können solche Unternehmer von keinem anderen Gedankengang geleitet sein als dem der bewußten scharfmacherischen Sozialreaktion. Es kann nur der Geist sein, der in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vor einigen Tagen zum Ausdruck kam, als sich dieses Blatt mit den unqualifizierbaren Angriffen des Landbundes gegen die Reichsregierung auseinandersetzte, im gleichen Atemzuge aber der Oeffentlichkeit eine neue Ueberprüfung des heutigen Lohnstandes glaubte nahelegen zu dürfen.

Die Vorgänge im Siegerland sind nur zu begreifen, wenn man weiß, daß

die Eigentümer der Siegerländer Betriebe in erster Linie die Ruhrmontangesellschaften sind,

in denen die Lohnabbaufrage mit geschäftlichen Kalkulationen, Marktüberlegungen und menschlichem Anstand überhaupt kaum mehr etwas zu tun hat, weil hier der Lohnabbau eine prinzipielle Forderung geworden ist, die sich einfach als logische Konsequenz aus den dort verfolgten Prinzipien der Marktbeherrschung der Kartellrente ergibt.

Entweder verfolgt man in Deutschland ehrlich das Ziel der Arbeitsbeschaffung, dann muß unbedingt mit dem Lohnabbau Schluß sein. Oder man läßt weiterhin Lohnabbau zu, dann ist jede Arbeitsbeschaffung, auch wenn sie noch so erfolgreich wäre, was sie leider nicht ist, Sisyphusarbeit.

Die ganze deutsche Industrie wehrt sich mit Recht gegen die Exportgefährdung durch die Agrarier. Das entscheidende Argument ist dabei, daß Exportverluste neue Arbeitslosigkeit in Deutschland erzeugen, und daß die Landwirtschaft mit ihrer Zoll- und Verteuerungspolitik sich notwendig ins eigene Fleisch schneiden muß. Es ist eine heute von niemand mehr bestrittene Tatsache, daß die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie im Auslande von der Stärke des Rückhalts abhängt, den sie im Inland, in der Kaufkraft der Massen findet.

Wenn die Unternehmer in Deutschland aber heute noch Löhne abbauen, dann handeln sie um keinen Deut besser und vernünftiger als die Agrarier: sie zerstören in derselben Weise die inländische Kaufkraft und gefährden in derselben Weise den deutschen Export.

Wir wissen nicht, ob die Reichsregierung sich mit der Siegener Lohnschande schon befaßt hat. Wir wissen nicht, ob der Reichsarbeitsminister Dr. Syrup auf die Entscheidung im Siegerlande Einfluß genommen hat. Wäre das der Fall, so wäre die Lohnschande im Siegerland ein Skandal, der die Reichsregierung selbst trifft. Ist es aber nicht der Fall, so hat sich die Reichsregierung, so hat sich der Reichsarbeitsminister um diese Vorgänge zu kümmern, und zwar schleunigst. Die Reichsregierung steht zu Verhandlungen und zu Eingriffen bereit, wenn die Agrarier schreien. Sie kommt ihnen in der Sache sogar noch entgegen, auch wo es die Ehre und das Ansehen des Staates nicht vertragen. Bei dem Lohnkampf im Siegerland verlangen es Ansehen und Ehre des Staates, daß die Reichsregierung handelt.

Stickstoff und Rüstungsspiel

Entwicklungstendenzen in der Stickstoffindustrie

In den letzten Wochen sind in den Leunawerken rund 400 Arbeiter neu eingestellt worden, und auch von anderen Gesellschaften wird über eine Wiedererhöhung der Produktion und eine Vergrößerung der Belegschaften berichtet. Aehnliche Angaben wurden in der letzten Zeit über die Stickstoffanlagen anderer Länder gemacht. Es hat den Anschein, als ob die Weltstickstoffproduktion im laufenden Düngerjahr größer sein wird als 1931/32.

Schon im Jahre 1931/32 war, wie kürzlich das englische Stickstoffsyndikat (British Sulphate of Ammonia Federation) in seinem Jahresbericht mitteilte, der Rückgang der Produktion wesentlich geringer als im vorhergehenden Jahr. Insgesamt belief sich nach den Schätzungen dieses Verbandes

die Weltstickstoffproduktion

im Jahre 1929/30 auf 2,20, im Jahre 1930/31 aber nur noch auf 1,69 und im Jahre 1931/32 auf 1,55 Millionen Tonnen Reinstickstoff. Der Produktionsrückgang betrug also im abgelaufenen Jahr nur noch 8,3 Prozent. Wenn man berücksichtigt, daß allein in Chile die Stickstofferzeugung von 250 000 auf 170 000 Tonnen zurückgegangen ist, d. h. um 32 Prozent, so läßt sich feststellen, daß bei sämtlichen übrigen Stickstoffanlagen der Erde der Produktionsrückgang nur 4 Prozent betragen hat.

Neuartig an der Entwicklung des internationalen Stickstoffmarktes ist jedoch die Tatsache, daß nach diesen britischen Angaben im Jahre 1931/32

der Stickstoffverbrauch erstmalig seit Jahren größer gewesen ist als die Produktion.

Der Verbrauch belief sich nämlich auf 1,60 Millionen Tonnen gegenüber 1,62 im Vorjahre und 1,95 im Rekordjahr 1929/30. Der weitaus größte Teil des Stickstoffverbrauchs entfiel auch 1931/32 wieder auf die Landwirtschaft, nämlich 1,41 Millionen Tonnen.

Ein weiteres Unsicherheitsmoment ist die Tatsache, daß augenblicklich der chilenische Salpetertrust, die Cosach, von der chilenischen Regierung liquidiert wird. Zwar hat die chilenische Regierung dieser Tage mitgeteilt, daß der Verkauf von Chilesalpeter auch weiterhin zentral durchgeführt wird und daß eine Ueberschwemmung der übrigen Märkte mit Chilesalpeter nicht befürchtet zu werden braucht; ob aber tatsächlich in absehbarer Zeit eine Einigung zwischen der Chilegruppe und den übrigen Stickstoffproduzenten zustande kommen wird, bleibt nach den bisherigen Erfahrungen abzuwarten. Kommt sie nicht zustande, so rückt eine neue Verschärfung des internationalen Konkurrenzkampfes in den Bereich der Möglichkeit. Noch gefährlicher aber sind die

Pläne zur Errichtung neuer Stickstoffanlagen.

Abgesehen von Frankreich, wo zwei neue Anlagen unter Zuschuß öffentlicher Mittel errichtet werden sollen, wollen auch Lettland, Bulgarien und Griechenland eigene Stickstoffwerke errichten. Man muß sich bei diesen neuen Bauprojekten vor Augen halten, daß die Kapazität aller Stickstoffwerke der Welt — Chile nicht mitgerechnet — im Jahre 1931/32 nur zu etwa 42 Prozent ausgenutzt worden ist. Wenn tatsächlich, wie aus den Berichten der letzten Zeit hervorgeht, eine Besserung des Absatzes festzustellen ist, so kann der Aufschwung angesichts der überall herrschenden landwirtschaftlichen Notlage zweifellos nur gering sein. Für eine Abnahme der Produktion der neugeplanten Werke können die Märkte auf alle Fälle nur durch künstliche Zwangsmaßnahmen aufnahmefähig gemacht werden, d. h. auf Kosten aller übrigen Stickstoffunternehmungen: durch eine neue Serie von Einfuhrverboten, Zollerhöhungen und Kontingentierungsmaßnahmen. Es sind natürlich keineswegs wirtschaftliche Gründe, die zum Bau neuer Stickstoffanlagen führen, sondern

in erster Linie militärische Gesichtspunkte.

Stickstoff ist nicht nur ein wichtiger Düngemittelbestandteil, vielmehr bilden Stickstoffverbindungen einen unentbehrlichen Rohstoff der Munitionsindustrie. Zur Herstellung von Schießbaumwolle, Dynamit, Sprenggelatine, Trinitrotoluol usw. ist das Vorhandensein großer Stickstoffmengen erforderlich. Die zahlreichen neuen Stickstoffprojekte können also keineswegs als Zeichen einer Wiederbelebung der Wirtschaft angesehen werden; sie sind vielmehr der Ausdruck dafür, daß sich die Länder der Erde wieder einmal im Rüstungsfieber befinden und daß überall die herrschende Klasse mit Kriegsgedanken spekuliert.

Daten zur Konjunktur

Welthandel weiter rückläufig

Im dritten Quartal 1932 ist der Welthandel nach kurzer Stabilisierung im vorhergehenden Vierteljahr weiter gesunken. Der Außenhandel von 48 Ländern (7/8 des Welthandels) ist wertmäßig um 11 Proz. und mengenmäßig um 7 Proz. zurückgegangen. Der damit erreichte Tiefpunkt liegt dem Werte nach um zwei Drittel und mengenmäßig um ein Drittel unter dem letzten Konjunkturjahr 1929. In absoluten Ziffern ist der Welthandel seit 1929 von 62,3 auf 21,9 Milliarden Mark gesunken. Damit ist der Welthandel hinter dem Durchschnittsstand von 1913 um etwa 15 bis 20 Proz. zurückgeblieben.

Stromerzeugung gestiegen

Die arbeitstägliche Stromerzeugung ist laut „Wirtschaft und Statistik" im November saisonmäßig gestiegen und erreichte ungefähr den Stand des Vorjahres mit 49,1 gegen 45,6 Mill. Kilowattstunden im Oktober. Der gewerbliche Stromverbrauch im Oktober hat sich arbeitstäglich gleichfalls erhöht. Im Verhältnis zum gleichen Monat des Vorjahres (100 Proz.) erreichte der Gesamtverbrauch 94,05 gegen 87,6 Proz. im September.

Die Produktion von Kraftfahrzeugen sank im November, mit Ausnahme von Lieferwagen und Kleinkrafträdern, die das erste Mal im vergangenen Jahr eine Produktionsbelebung aufwiesen. Die Erzeugung von Personenwagen sank auf 2937 gegen 3317 im Oktober, während der Absatz 3086 gegen 3610 Fahrzeuge erreichte. Lieferwagen wurden 740 gegen 677 Stück im Oktober hergestellt, während der Absatz von 820 auf 693 Fahrzeuge sank. Im Vergleich mit dem November 1931 ist der Absatz von Personenkraftwagen nur unwesentlich gesunken, der Absatz von Lieferwagen um 25 Proz. gestiegen, der Absatz von Krafträdern dagegen, der auf die Kaufkraft der Massen angewiesen ist, auf die Hälfte geschrumpft.

Beim Wohnungsbau setzte im November der allgemeine saisonmäßige Umschwung ein. Das Ergebnis von November 1931 wurde jedoch mit Ausnahme der Bauvollendungen durchweg übertroffen. Von Januar bis November zusammen blieb die Zahl der Bauplanungen und der Baubeginne um 30 bis 38 Proz., die der Bauvollendungen um 1/3 unter den entsprechenden Leistungen des Vorjahres. Insgesamt wurden in den Groß- und Mittelstädten im November 5100 Wohnungen fertiggestellt, 8 Proz. weniger als im Oktober und 46 Proz. weniger als im November 1931. Die Zahl der Baubeginne (2500 Wohnungen) war um 29 Proz. kleiner als im Oktober, jedoch um 16 Proz. größer als im November 1931.

Kartelldämmerung!

Unruhe auf dem Linoleummarkt

Das europäische Linoleumkartell hat jetzt überraschende Preissenkungen vorgenommen. In Deutschland sind die Preise um etwa 10 Proz., in Holland sogar um 15 bis 20 Proz. abgebaut worden.

Diese Preissenkung entsprang aber nicht etwa der besseren Einsicht der Kartellmagnaten, daß die Aussaugung der Verbraucher mit den wucherischen Kartellpreisen so wie bisher nicht mehr weitergehen könne, sondern ist nur als Abwehrmaßnahme gegen Außenseiter gedacht. Es wiederholt sich hier also das gleiche Spiel wie bei den Zementkartellen, nur daß die Aktion des Linoleumkartells sich auf den ganzen europäischen Markt ausdehnt.

Die Dinge lagen hier preispolitisch besonders böse, da es auf dem ganzen Kontinent nur vier Außenseiterwerke gab, die die Kreise des Kartells nicht allzu sehr störten. Jetzt aber haben einige starke englische Außenseiter zum Vorstoß nach dem Kontinent ausgeholt, und es wäre im Konsumenteninteresse zu wünschen, daß der Stoß stark genug ist, um die Kartellmagnaten von ihrem hohen Pferde herunterzuholen.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats Theater
Mittwoch, den 18. Januar
Staatsoper Unter den Linden
19 Uhr
Die Walküre
Staatliches Schauspielhaus
20 Uhr
Nora

Winter-Garten
8 Uhr 15. Flora 3484. Rauchen erl.
Gaston Palmer
20 Wienerinnen konzertieren
Fuss-Heuser-Weiser
Winclairs-Walkmirs
usw.

Deutsches Theater
Schumannstr. 13a
Weidend. 5201
Täglich 8 Uhr
Inszenierung Max Reinhardt
Prinz von Homburg
von H. v. Kleist
Thimig, Fehdmer, Fröhlich, Kayßler, Wegener, Schünzel
Kammerspiele
8 Uhr
Ensembles erwerbsloser Schauspieler
Die Flasche
Komödie von J. Ringelnatz
Inszenierung: Jean Kötzler-Muller

CASINO-THEATER
8¼ Lothringer Straße 37 8¼
Täglich Bunte Bühne:
Varieté, Kabarett, Theater
Onkel Muz, der Ehestifter
Gutschein 1—4 Personen: Parkett nur 0,60, Fauteuil 0,75, Sessel 1,25
Sonntag 4 Uhr: Onkel Muz. Kl. Preise.

Th. d. Schauspieler
Theater am Schiffbauerdamm
Weidendamm 3300
Täglich 8¼ Uhr
Automatenbüfett
Agnes Straub, Hilde Körber, Heilinger, Trenk-Trebitsch, Gnas

Deutsches Künstler-Th.
Nürnberger Str.
Tel. Bavaria 6466
Täglich 8½ Uhr:
Leopoldine Konstantin
in: Die Nacht zum 17. April
Schroth, Steinbeck, Gebühr, Brionne, Wolle, Picha

Großes Schauspielhaus 8 U.
Ball im Savoy
Gitta Alpar
Rosy Barsony Oskar Denes
Regie: Alfred Rotter
Sonntag nachm. 3½ Uhr: Kleine Preise in der Premierenbesetzung mit Gitta Alpar

Metropol-Theater
Täglich 8¼ Uhr
Max Hansen
Hundert Meter Glück
(Der Prinz v. Hollywood)
E. v. Thellmann
Litten, Lingen
Sonntag 3 Uhr
Ed. Lichtenstein
Zarewitsch

Kurfürstend.-Th.
Kurfürstendamm 206
Tel. Bism. 1400
Täglich 8¼ Uhr
Glückliche Reise
Operette von Künneke in der Premierenbesetzung

SCALA
Tägl. 5 u. 8¼ Uhr
MAURICE COLLEANO
PAUL GRAETZ
ROBINS u. s. w.

Städt. Oper
Charlottenburg
Fraunhofer 0231
Mittwoch, 18. Januar
20 Uhr
Turnus II
Die Prinzessin von Trapezunt
Eisinger, Schuster, Frind, Braut, Burgwinkel, Gombert, Gronau, Kandl, Heyer
Dirigent: Müller

VOLKSBÜHNE
Theater am Bülowplatz
Täglich 8 Uhr D 1 Norden 6536
Oliver Cromwells Sendung
v. Walter Gilbricht. Regie Heinz Hilpert
mit Eugen Klöpfer

PLAZA
KATJA
Die Tänzerin

B. B. B.
Bendows Bunte Bühne
Kottbusser Straße 6
Oberbaum 3560
Täglich 8¼ Uhr
Stgs. nachm. 4 U
Ne dolle Kiste

Komödienhaus
Schiffbauerdamm 25
Täglich 8¼ Uhr
Das Haus dazwischen
mit Max Adalbert
Jakob Tiedtke

Haus Vaterland
Im Palmensaal 5 Uhr Tanz-Tee
Auf d. Rheinterrasse Familien-Kaffee mit Künstler-Konzert
Betrieb Kempinski

Berliner Theater
Täglich 8¼ Uhr
Auslandsreise
mit Felix Bressar, Maria Paudler, Oscar Sabo, Löos, Behal, Berghof, Witt

Theater des Westens
Steinpl. 3121
Täglich 8¼ Uhr
Max Pallenberg
als
Braver Soldat Schwejk

Theater im Admiralspalast
Merkur 9001
20. Januar 7½ Uhr
Uraufführung
Frühlingsstürme
Tauber, Nowotna, Homolka

Rose-Theater
Große Frankfurter Straße 132
8.15, 8.30 Uhr
Die Zirkusprinzessin

Stellenangebote finden im Vorwärts beste Beachtung!

Schiller Theater
Täglich 8¼ Uhr
Die Männer sind mal so
Sonntag 4 Uhr
Robert und Bertram

Stettiner Sänger
Reichshallen-Th., Dönhoffpl.
8.15, Sonntags 3.30
zu ermäßigten Preisen

Das große Januarprogramm:
Die lieben Erben

NEUE WELT
Gr. Bockbierfest
6 Kapellen Bayr. Bedienung
Der 1000. Besucher erhält eine 8tägige Reise nach Tirol
Einlaß: Wochentags 7 Uhr, Sonntags 5 Uhr

Rotter-Konzern verkracht!

Mit ihm neun Berliner Theater

Der Rotter-Konzern, der unter dem Vorwande, der deutschen Theaterkunst zu dienen, anderthalb Jahrzehnte lang in den Theaterbetrieb die bösesten Geschäftsmethoden hineinbrachte, ist nun endgültig zusammengebrochen. Banken und Privatfinanziers sind zwar augenblicklich damit beschäftigt, das komplizierte Gebilde aus dem ökonomischen Ersaufen zu retten, man weiß aber noch gar nicht, wieviele Bühnenkünstler aller Kategorien, wieviel Lieferanten, Bühnenautoren, Komponisten und andere wirtschaftlich schwache Persönlichkeiten bei der Katastrophe Kopf und Kragen verlieren werden. Sicher ist allein, daß die Schädlinge, die Brüder Alfred und Fritz Rotter, die vor etwa 20 Jahren in Berlin auftauchten und die in unersättlichem Expansionsdrang dem deutschen Theater jedes moralische, künstlerische und geschäftliche Fundament untergruben, nun endgültig verschwinden müssen. Es darf nicht mehr geschehen, daß die Erfinder und Ausbauer des sog. Rotterfystems in irgendwelcher Form und Funktion überhaupt wiederkehren.

Diese Rottermethoden wurden in einer Versammlung beleuchtet, zu der der Verband der deutschen Bühnenschriftsteller und -komponisten eingeladen hatte. Man hatte erwartet, einer der Brüder Rotter werde erscheinen, um sich vor den Hauptlieferanten seines Materials, eben den Autoren und Komponisten, zu rechtfertigen. Es geschah nicht. Das, was als Kunst und Geschäft der Rotters vor der Oeffentlichkeit firmiert wird, besteht eben nach dem Handelsrecht gar nicht. Das heißt: die beiden Brüder Alfred und Fritz Rotter haben ihre Unternehmungen systematisch derartig verschachtelt und maskiert, daß sie kaum noch persönlich zur Verantwortung gezogen werden können. In alle ihre Unternehmungen haben sie Strohmänner hineingesteckt, hinter denen sie sich selber verstecken. Die neun Theater, die vor dem Publikum rotterisch genannt werden, haben Konzessionäre und Verwalter, die den Rotters jede Verantwortung abnehmen, die aber selbst vollkommen vermögenslos sind und deswegen kaum gefaßt werden können. Das war seit jeher die Gründungsmethode der Rotters.

Während durch ihre Schuld Hunderte von Existenzen geschädigt werden, mimen sie selber ein sentimentales Simulantenspiel. Alfred Rotter weilt an der Riviera und teilt mit, daß seine armen Nerven zusammengebrochen sind. Der gute Bruder Fritz teilt dafür der Welt mit, seine Familienliebe gestatte ihm nicht, den kurbedürftigen Bruder mit Geschäften zu behelligen.

Die Schulden der Rotters sind nach den einen Angaben auf 3 Millionen angelaufen, andere nennen eine noch höhere Summe.

Neben den Schulden, die sich durch unbezahlte Gagen und unbezahlte Lieferungen ergeben, haben die Rotters (in Wirklichkeit sie allein und nicht ihre Strohmänner) 100 000 Mark Tantiemenschulden an Autoren und Komponisten. Seit drei Jahren zahlten sie überhaupt keine Tantiemen mehr, und ihre Anwälte verschleppten alle Prozesse. Die Autoren haben in der sogenannten Rotter-Villa eine Pfändung durchgesetzt. Ihnen wurden auch Möbel und andere Wertgegenstände in Höhe von 40 000 M. als pfändungsfähig bezeichnet. Als es zur Pfändung kam, erwies sich, daß alle diese Stücke schon für eine Schuld von 160 000 Mark verpfändet waren, und unter den pfändungsberechtigten Gläubigern befanden sich die Rechtsanwälte der Rotters, die für ihre Bemühungen auch kein Honorar erhalten hatten. Auf diesen behördlich mit blauen Vögeln geschmückten Prachtstühlen haben noch am Silvester Koryphäen der Berliner Gesellschaft, Diplomaten, Politiker und andere Prominente als Ehrengäste der Rotters gesessen! Das ist das Satyrspiel zu dieser für viele sehr traurigen Tragödie.

Die Rotters schulden den Stars und den Choristen. Und die Beamten des Herrn Bracht, die sonst die Kunst sehr streng behandeln, haben den Rotters und ihren Strohmännern das Leben außerordentlich leicht gemacht.

Deswegen trifft ein großer Teil der Schuld an dem Krach dieser beiden Schuldenmacher die Aufsichtsräte für die Berliner Theater.

Die Behörden haben ernsthaften und gewissenhaften Unternehmern die größten Schwierigkeiten bereitet, sie haben es aber geduldet, daß die beiden Brüder in die Berliner Theaterverhältnisse die ungeheuerlichste Verwirrung brachten.

Die Methoden der Rotters blieben nicht auf Berlin beschränkt. Sie gaben in vielen Städten sogenannte Rottergastspiele. Aber auch dort krebsen die Strohmänner nur mit der Firma, die durch skrupellose Reklame in den Mund der Leute gekommen war.

Jetzt darf nicht den Brüdern geholfen werden, den gleichen, die schon vor mehr als 10 Jahren bei dem großen Schauspielerstreik die übelsten Streikbrechermethoden betrieben, geholfen darf nur werden allen ihren Betrieben und damit den Arbeitnehmern, die dort tätig sind. Die Rotters selbst müssen verschwinden! Es wären in Berlin neun Theater, die geschlossen werden müßten, wenn keine Sanierung stattfindet.

Hitlers neue Offensive

„Ich führe euch den sicheren Weg zur Macht."

Landtagsbeginn mit Prügeln

Kommunisten und Nazis schlagen sich und — vertragen sich

Im Preußischen Landtag, der am Dienstag wieder zusammentrat, zeigte der Sitzungsverlauf, wie sehr das weltbewegende Wahlergebnis von Lippe momentan den Mut der Nationalsozialisten gesteigert hat. Nach den schweren Ausschreitungen und Provokationen, die sie im Mai und Juni des vorigen Jahres im Preußenlandtag verübt hatten, waren sie vorübergehend verhältnismäßig anständig und gesittet geworden und hatten sich augenscheinlich Mühe gegeben, einigermaßen parlamentarisch aufzutreten. Jetzt aber, im neuen Landtagsabschnitt, ließen sie ihrer wirklichen Natur wieder einmal die Zügel schießen.

So kam es gleich zu Beginn der Sitzung zu einem heftigen Krawall. Die Kommunisten hatten beantragt, über das gesamte Fürsorgeerziehungswesen in Preußen einen Untersuchungsausschuß einzusetzen. Namens der sozialdemokratischen Fraktion erklärte die Genossin Hedwig Wachenheim, daß wir zwar die Einsetzung eines solchen Ausschusses nicht verhindern wollten, aber doch ernste Bedenken hätten, ob die Vorladung der Erzieher und der Jugendlichen vor einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß dem Erfolg der Fürsorgeerziehung diene. Immerhin würden wir uns bemühen, dem Ausschuß zu einem so vernünftigen Ergebnis zu verhelfen, wie es angesichts der Zusammensetzung des jetzigen Landtags nur möglich sei.

Diese gelinde Anspielung auf die Tatsache, daß wir die nationalsozialistisch-kommunistische Mehrheit nicht als Verkörperung der reinsten Vernunft anerkennen können, machte die Nazifraktion wild und veranlaßte sie zu

wilden Beschimpfungen der Rednerin,

bei denen sie wieder einmal ihre ganze Hochachtung vor der Frau öffentlich dokumentierten. Natürlich konnte dem Beispiel des Nazifraktionsführers Kube der Kommunistenführer Pieck nicht widerstehen. Er schimpfte um die Wette mit!

Kurz danach hatte sich das Bild erheblich geändert. Bei einer sachlich nicht gerade bedeutungsschweren Frage, der Auflösung der Schwalmer Meliorationsgenossenschaft,

schimpfte der Kommunist Fränken die nationalsozialistische Fraktion „feiges Gesindel", worauf der Naziabgeordnete Blei auf die Tribüne stürmte und auf Fränken einschlug.

Wie üblich stürmten von beiden Seiten Nationalsozialisten und Kommunisten in hellen Haufen auf die Rednertribüne und es schien wieder einmal zu einer der großen Parlamentsschlägereien zwischen ihnen zu kommen. Aber diesmal gelang es anerkennenswerterweise den beiden Fraktionsführern Pieck und Kube, weitere tätliche Auseinandersetzungen zu verhindern. Nach Wiedereröffnung der Sitzung schloß Präsident Kerrl den Schimpfbold Fränken und den Schläger Blei von der weiteren Teilnahme an den Verhandlungen aus. Der Rest der Tagesordnung konnte glatt erledigt werden.

Man darf es wirklich nicht allzu tragisch nehmen, wenn Naziabgeordnete und KPDisten sich gelegentlich einmal prügeln. Direkt vor der Schlägerei hatte es sich bei einer Abstimmung darum gehandelt, welcher Ausschuß das neue Gesetz über den Schutz der Uferwege und des Waldbestandes vorberaten solle: die Nationalsozialisten wünschten den Forstausschuß, die Sozialdemokraten dagegen den Gemeindeausschuß oder den Ausschuß für Bevölkerungspolitik, weil sie die Entscheidung weniger nach den Interessen der Forstwirtschaft und mehr nach den Bedürfnissen der erholungsbedürftigen Bevölkerung getroffen wissen wollten.

Obwohl nun der kommunistische Redner Schwenk selber gefordert hatte, die Frage vorwiegend sozialpolitisch anzusehen, stimmten die Kommunisten für den Forstausschuß, nachdem der Nazifraktionssekretär Hinkler den Fraktionssekretär der KPD. Kasper gebeten hatte,

ihnen doch — auf Gegenseitigkeit — zu helfen.

Wenn es gegen Sozialdemokratie, Republik oder Vernunft geht, werden sich die Prügelbrüder von ganz rechts und ganz links schon finden.

Nach der Schlägerei am Dienstag wurde für die Mittwochsitzung die dementsprechende Tagesordnung gewählt: große — Kulturdebatte mit je drei Stunden Redezeit für die Fraktionen!

Drei Todesurteile

Wegen Spionage in Gdingen

Warschau, 17. Januar.

In Gdingen wurden am Montag drei Todesurteile gefällt. Das Militärstandgericht verurteilte wegen Spionage einen Unteroffizier der Küstenluftflotte und das Zivilstandgericht den Mühlenbesitzer Priebe aus Putzig sowie den Danziger Kaufmann Koch zum Tode.

Massenentlassung deutscher Arbeiter

Im polnisch gewordenen Ostoberschlesien steuert der faschistische Pilsudski-Kurs immer offener im Fahrwasser der Entdeutschung und Polonisierung. Selbst die durch deutsches Kapital sanierten „Hohenlohe-Werke" mißbrauchen ihre wirtschaftliche Macht im Dienste des polnischen Nationalismus.

Die deutschen Arbeiter werden dadurch in dieser Krisenzeit besonders hart getroffen. 200 Einzelbeschwerden deutscher Arbeiter vor dem Schiedsgericht, wegen ungerechtfertigter, aus nationalistischen Gründen erfolgter Entlassung, geben einen Querschnitt von dem nationalistischen Kurs in den Betrieben. In Königshütte wurde der gesamte Betriebsrat aufgelöst und ein den Nationalisten genehmer Rat kommissarisch eingesetzt. In den „Hohenlohe-Werken" ist jetzt der dem AfA-Bund angehörende stellvertretende Betriebsobmann Wagner gemaßregelt und entlassen worden. Der wahre Grund: er hat einem auf die Straße gesetzten Kollegen bescheinigt, daß dieser wegen seiner deutschen Staatsangehörigkeit den Betrieb verlassen mußte.

So säen die Betriebsbesitzer in Polnisch-Oberschlesien auch unter der Arbeiterschaft den Nationalhaß, der einmal bittere Früchte tragen muß.

Der holländische Kommunist Abg. Wynkoop ist vom Parteikongreß so ungünstig auf der Kandidatenliste für die Parlamentswahl placiert worden, daß seine Wiederwahl als ausgeschlossen gelten kann. An seine Stelle steht Beuzemaker, der sich geraume Zeit in Moskau aufgehalten und dort neue Instruktionen für die Parteitaktik erhalten hat. Wynkoop war bereits früher wegen angeblich zu eigenmächtigen Auftretens mit Moskau in Konflikt gekommen. Er hatte eine eigene unabhängige kommunistische Bewegung begründet, sich aber späterhin mit Moskau wieder ausgesöhnt.

Die neugeborene bulgarische Prinzessin ist nach einem heftigen diplomatischen Kampf zwischen dem Nuntius und der orthodoxen Geistlichkeit nach orthodoxem Ritus getauft worden, obwohl die Mutter eine Tochter des katholischen italienischen Königspaares ist.

Bracht unter der Lupe

Personalpolitik in Preußen

Der auf sozialdemokratischen Antrag eingesetzte Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtags zur Nachprüfung der Grundsätze der Personalpolitik der Reichskommissare in Preußen hielt am Dienstagabend seine konstituierende Sitzung ab. Vorsitzender des Ausschusses ist Abg. Schwenk (Komm.). Zum Berichterstatter wurde bestimmt Abg. Bubert (Soz.), zum Gegenberichterstatter Abg. Rosenhagen (Nsoz.). Der Ausschuß beschloß, vom Staatsministerium die Akten anzufordern, die sich auf die Personalveränderungen nach dem 20. Juli 1932 beziehen. Die nächste Sitzung des Ausschusses wird vom Vorsitzenden im Einvernehmen mit den Berichterstattern anberaumt werden.

Stahlhelm ruft Hilfe

gegen braune Landstreicherbanden

Eigener Bericht des „Vorwärts"

Braunschweig, 17. Januar.

Zwischen dem Stahlhelm und den braunschweigischen Nazis ist wieder einmal ein offener Krieg ausgebrochen. Wie der Landesverband Braunschweig des Stahlhelm der Oeffentlichkeit mitteilt, wurde der dem Stahlhelm angehörende Gemeindevorsteher Friedrichs in Sonnenberg auf seinem Gehöft von uniformierten SS.-Leuten überfallen und niedergeschlagen, weil der Gemeindevorsteher sich gegen die Anmaßung von Polizeigewalt durch die SS. gewandt hatte. Der Ueberfallene wurde schwer verletzt. Damit nicht genug, schossen die SS.-Leute, die unter dem Befehl des Nazirechtsanwalts und Landtagsabgeordneten Alpers standen, hinter dem Schwerverletzten her und schlugen sieben Fensterscheiben ein. Vergeblich wandte sich die Frau Friedrichs' telephonisch an das Ueberfallkommando in Braunschweig. Die Stahlhelm-Erklärung behauptet, daß die Hilfesuchende gefragt worden sei, von wem der Ueberfall geschehen wäre. Die Täter seien als Nationalsozialisten bezeichnet worden. Darauf sei keine Hilfe gekommen. Auf nochmaliges telephonisches Ersuchen wurde die Frau an den Landjäger verwiesen mit dem Bescheide, das Ueberfallkommando habe nicht nötig, zu kommen. Der nationalsozialistische Kommandeur der braunschweigischen Schutzpolizei muß diese Darstellung des Stahlhelms bestätigen. Er entschuldigt das Verhalten der Polizei damit, daß nicht festzustellen gewesen sei, ob es sich um die preußische oder die braunschweigische Gemeinde Sonnenberg gehandelt habe. Der Stahlhelm, der Regierungspartner des Herrn Klagges, wendet sich gegen die unglaubliche Pflichtverletzung der Polizei.

Die Flucht Schäfers

Sozialdemokratie fordert Aufklärung

Im Preußischen Landtag führt der Abgeordnete Berten-Düsseldorf (Soz.) in einer Kleinen Anfrage aus, der Direktor Schäfer der Deutschen Bank in Düsseldorf sei vor zwei Monaten nach Begehung verschiedener Straftaten flüchtig geworden. Die Verhaftung des Flüchtlings, ohne die eine restlose Aufklärung der Unterschlagungen und Betrügereien bei der Deutschen Bank ausgeschlossen erscheine, sei bisher noch nicht gelungen.

In der Oeffentlichkeit sei der Eindruck entstanden, daß der Mißerfolg in der Verfolgung des flüchtigen Bankdirektors Schäfer darauf zurückzuführen sei, daß gegen alle Gepflogenheit der Fall Schäfer sofort beim Bekanntwerden der Kriminalpolizei entzogen und dem Untersuchungsrichter übertragen worden sei. Durch diese Uebertragung sei in der Bearbeitung der Angelegenheit eine Verzögerung von zwei Tagen entstanden.

Das Staatsministerium wird gefragt, ob ihm die Gründe bekannt seien, die zu dieser „ungewöhnlichen Verschiebung des Ermittlungsverfahrens im Falle Schäfer führten", bzw. ob das Staatsministerium diese Verschiebung billige.

Die neue rumänische Ministerliste ist unter Vajda Voevod mit Titulescu als Außenminister vom König genehmigt worden. Ausgeschieden sind lediglich der frühere Ministerpräsident Maniu und der Innenminister Mihalaba, die sich mit dem König nicht vertrugen. Der Kurs soll der alte bleiben.

Kommunistisches Stadtverordnetenpräsidium in Pirna. In der ersten Sitzung des neuen Stadtverordnetenkollegiums erhielt der Kommunist Ehrlich mit Hilfe der Sozialdemokraten in der Stichwahl die meisten Stimmen für den Vorsteherposten. Da für die Stellvertreter keine andere Partei Vorschläge machte, fielen die Posten **ebenfalls an die Kommunisten.**

Papen-Pleite offenkundig

Trotz „Ankurbelung“ steigt die Arbeitslosigkeit

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund veröffentlicht soeben das Ergebnis der Erhebung über die Arbeitslosigkeit in den Gewerkschaften am Jahresschluß 1932.

Wenn wir dabei die Saisonberufe ausscheiden und zunächst nur die sogenannte Konjunkturgruppe für sich betrachten, dann stellen wir fest, daß die Arbeitslosigkeit sowohl wie die Kurzarbeit nicht unerheblich gestiegen sind. Insgesamt ist die Arbeitslosigkeit in der Konjunkturgruppe von 36,4 Prozent Ende November auf 37,7 Prozent Ende Dezember gestiegen. Die Kurzarbeit stieg von 25,6 auf 26,5 Prozent. Wenn die Verteidiger des Papen-Systems nicht nur in ihrer Presse, sondern auch im Rundfunk frank und frei die Behauptung aufstellen, daß durch die sogenannte Ankurbelung des Kabinetts Papen die Arbeitslosigkeit zurückgegangen sei, wenn auch nur in bescheidenem Maße, so werden sie durch die Tatsachen widerlegt.

Obwohl Ende Juli 1932 die Arbeitslosigkeit in der Saisongruppe 74,5 Prozent betrug, also im Hochsommer drei Viertel der Bauarbeiter arbeitslos waren, ist diese Arbeitslosigkeit bis Ende Dezember auf 83,8 Prozent gestiegen. Insgesamt stieg die Arbeitslosigkeit in allen Berufen von 43,8 Prozent Ende November auf 45,6 Prozent Ende Dezember. Dazu kommt eine Kurzarbeit von 22,2 Prozent (21,5 Prozent), so daß im Durchschnitt über 50 Prozent der Arbeiter heute in Deutschland arbeitslos sind.

Tatsächlich ist die Arbeitslosigkeit noch größer, denn die Statistik des ADGB. umfaßt nicht die Landarbeiter und kann natürlich nicht die jugendlichen Arbeitslosen umfassen, die noch nie im Produktionsprozeß standen. Weiter kommt hinzu, daß der Prozentsatz der Organisierten unter den Facharbeitern und den Angelernten ein größerer ist, als unter den Ungelernten, und daß notorisch die Ungelernten von der Arbeitslosigkeit schärfer betroffen werden, als die Gelernten und Angelernten.

Der Arbeitsmarkt sieht heute, nach der famosen Ankurbelung durch Herrn von Papen, trostloser aus als jemals vorher. Während Ende Dezember 1931 die Arbeitslosigkeit insgesamt 42,8 Proz. ausmachte, ist sie bis Ende Dezember 1932 auf 45,6 Proz. gestiegen. Man mag welche Gruppe immer unter den verschiedenen Berufen und Industrien nehmen, es ist überall eine Zunahme der Arbeitslosigkeit festzustellen.

Sieht man von der Textilindustrie ab, wo sich Saisoneinflüsse geltend machten, so ist die Zunahme der Arbeitslosigkeit besonders stark in der Konsumgüterindustrie. Bei den Bekleidungsarbeitern stieg die Arbeitslosigkeit von 38,5 auf 40,7 Proz., bei den Hutarbeitern von 50,4 auf 54,2 Proz., bei den Schuhmachern von 33 auf 36,5 Proz., während gleichzeitig die Kurzarbeit von 35 auf 45,8 Proz. in die Höhe schnellte. Bei den Holzarbeitern, wo die Arbeitslosigkeit seit langem schon eine unwahrscheinliche Höhe erreicht hat, stieg sie weiter von 66,4 auf 69,7 Proz. Bei den Nahrungsmittel- und Getränkearbeitern geht die Steigerung von 21,2 auf 23,4 Proz. In der Konservenindustrie stieg die Arbeitslosigkeit von 33,4 auf 35,6 Proz. und in der Tabakindustrie von 35,5 auf 37,9 Proz.

Hier zeigt sich drastisch, wie verheerend der Kaufkraftmord gewirkt hat, den das Papen-System bis zur Durchbrechung der Tariflöhne steigerte.

Regierungsvorschlag in Genf

Internationale 40-Stunden-Woche

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Genf, 17. Januar.

Die Regierungsvertreter auf der Vierzigstunden-Konferenz in Genf haben ihre Entschließung nunmehr fertiggestellt. Die von Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Holland und Chile unterzeichnete Entschließung hat folgenden Wortlaut:

„Die Konferenz ist nach Kenntnisnahme der verschiedenen für und gegen eine Arbeitszeitverkürzung vorgebrachten Gründe der Auffassung, daß die Arbeitszeitverkürzung eines der Mittel ist, die zur Verminderung der Arbeitslosigkeit geeignet sind. Sie beschließt daher, in eine Prüfung der Einzelfragen entsprechend Ziffer 2 des vom Internationalen Arbeitsamt aufgestellten Programms einzutreten, mit dem Ziel, eine internationale Abmachung zustandezubringen, deren Durchführung so zu gestalten ist, daß die Erhaltung des Lebensstandards der Arbeiter ermöglicht wird.“

Niemand habe mehr behauptet, so führte Butler aus, daß die Arbeitszeitverkürzung allein ein Heilmittel für die Krise sein. Aber ein Mittel sei sie. Man könne nicht auf die Weltwirtschaftskonferenz allein warten, denn alle Schwierigkeiten könne sie nicht auf einmal beseitigen. Dazu käme die technologische Arbeitslosigkeit. Wenn selbst also bald normale Verhältnisse eintreten würden, dann wäre die Arbeitslosigkeit noch nicht beseitigt. Sie werde im größeren Maße nach der Krise fortbestehen als vorher. Eine Gesellschaft dürfe nicht dulden, daß es Millionen von Menschen gebe, die dauernd aus der Produktion ausgeschaltet seien. Im Mittelpunkt stehe die Kaufkraft. Werde sie nicht erhalten, dann sei jede Besserung ausgeschlossen. Verständlich sei der Einwand, daß Abkommen müsse unbedingt international sein. Aber die Produktion für den Binnenmarkt überwiege überall. Wolle die Konferenz die Schwierigkeiten überwinden oder nicht, das sei die wichtigste Frage.

Der Abschluß der Generaldebatte der Konferenz für die Vorbereitung der Vierzigstundenarbeitswoche gestaltete sich nochmals zu einem großen Ringen um die Grundlagen des Problems.

Scharf lehnten Forbes-Watson-England und Pfeffer-Deutschland für die Unternehmer jede Arbeitszeitverkürzung ab. Von den Regierungen sprachen die Vertreter Kanadas und Südafrikas für die Reform. Belgien ließ durch Professor Mahaim erklären, daß sich seine Regierung nicht in der Schlinge der Unternehmer fangen ließe. Für Deutschland betonte Dr. Sitzler vor allem zur Lohnfrage, daß eine Beschränkung der Lohnerhöhung bei Betrieben mit jetzt noch mehr als Vierzigstundenarbeitszeit zu unmöglichen Konkurrenzverhältnissen führen müsse. Eine allgemeine Lohnerhöhung, also auch in Betrieben mit jetzt schon 40 oder weniger Arbeitsstunden habe schwere volkswirtschaftliche Bedenken gegen sich. Auch sei bisher kein Weg gezeigt worden, wie man die Verpflichtung zur Lohnerhöhung international durchführen könne. Die deutsche Regierung könne sich daher nicht entschließen, ohne genaue Einzelfeststellungen über die Durchführung der Tragweite einer allgemeinen Verpflichtung zur Lohnerhöhung zuzustimmen. Drei Arbeitervertreter traten den Unternehmern nochmals entgegen. Dann beendete der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes Butler die Debatte mit einem langen Schlußwort.

Erfolg bei Mortensen

Es war kein Streik der RGO.

Der Streik in der Fischmarinieranstalt C. B. Mortensen im Norden Berlins, über den wir mehrfach berichteten, ist mit einem Erfolg beendet worden. Vom Schlichtungsausschuß, der von Amts wegen in den Konflikt eingegriffen hat, wurde am Montag ein Schiedsspruch gefällt, der im wesentlichen folgendes besagt:

Die Löhne sämtlicher Arbeiter sowie der Arbeiterinnen, die noch nicht drei Monate im Betrieb tätig sind, bleiben in alter Höhe bis zum 30. Juni bestehen. Für die länger als drei Monate im Betrieb tätigen Arbeiterinnen tritt ab 15. März eine Senkung des Stundenlohnes um einen Pfennig, also von 47 auf 46 Pf., ein. Sämtliche von der Firma ausgesprochenen Kündigungen müssen zurückgenommen werden. Das Arbeitsverhältnis aller Streikenden gilt nicht als unterbrochen; Maßregelungen müssen unterbleiben.

Die Firma, die für die mehr als drei Monate beschäftigten Arbeiterinnen einen Abbau der Stundenlöhne um 4 Pf. und für die übrige Belegschaft einen Lohnabbau im gleichen prozentualen Verhältnis zu diktieren versucht hatte, hat den Schiedsspruch angenommen, ebenso auch die streikende Belegschaft. Die Arbeit wird heute, Mittwoch, wieder aufgenommen.

Durch diesen in mustergültiger Disziplin geführten zweiwöchigen Kampf ist wieder einmal der Beweis erbracht worden, daß die Gewerkschaften nicht nur einen Kampf zu beginnen, sondern auch erfolgreich zu beenden verstehen. Hätten die Streikenden auf die Einflüsterungen der RGO. gehört und sich nicht der Führung des Gesamtverbandes anvertraut, würden sie diesen Erfolg sicherlich nicht errungen haben. Es ist zu erwarten, daß die wenigen Unorganisierten, die es in dem Betrieb noch gibt, aus dem Kampf gelernt haben und sich ebenfalls organisieren, um für ähnliche Angriffe der Firma gerüstet zu sein.

Schiedsgericht entscheidet

Für die Wurstfabriken

Der Lohn- und Manteltarifkonflikt in den Berliner Wurst-, Fleischwaren- und Konservenfabriken ist jetzt in ein entscheidendes Stadium getreten. Alle Möglichkeiten, durch direkte Verhandlungen zum Neuabschluß der Verträge zu kommen, sind erschöpft. Hinsichtlich des Manteltarifvertrages ist es den Unterhändlern der Arbeiter gelungen, den größten Teil der Verschlechterungsanträge der Unternehmer abzuwehren. Strittig ist noch die Lohnzahlung im Krankheitsfalle, die Dauer des Urlaubs und die Lohnhöhe. In der Lohnfrage haben die Unternehmer ihre erste Forderung, die auf einen Abbau der Löhne in einzelnen Gruppen bis zu 26 Proz. (!) hinauslief, auf 4 Proz. ermäßigt. Die Gewerkschaftsvertreter haben es abgelehnt, über einen Abbau der Löhne zu verhandeln.

Die zu gestern abend vom Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter einberufene Mitgliederversammlung der Gruppe Wurst- und Konservenfabriken hatte darüber zu entscheiden, ob über die noch strittigen Fragen der Schlichtungsausschuß durch einen Schiedsspruch oder ein vereinbartes Schiedsgericht, durch einen, beide Parteien bindenden Beschluß entscheiden soll. Die Funktionäre hatten der Mitgliederversammlung einmütig vorgeschlagen, die Entscheidung nicht dem Schlichtungsausschuß des Herrn Körner zu überlassen, aber auch nicht einem unparteiischen Schiedsgericht, das unter dem Vorsitz des Gewerberats Körner steht. Sie hatten empfohlen, die endgültige Entscheidung in diesem Konflikt einem Schiedsgericht zu überlassen, das unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Dr. Schlichting tagt, dem die Kammer des Berliner Arbeitsgerichts untersteht, die sich ständig mit den Arbeits- und Tarifstreitigkeiten in den Wurst- und Fleischwarenfabriken befaßt. Dieser Empfehlung ist die gestrige Mitgliederversammlung einmütig beigetreten.

Jahresrückblick

der Gastwirtsgehilfen

Die Generalversammlung des Zweigvereins Berlin im Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten vom Dienstag dürfte in doppelter Beziehung einen Rekord darstellen; einmal insofern, als es möglich war, am 17 Januar bereits den Jahresbericht zu erstatten und ihn sogar gedruckt vorzulegen, zum anderen hinsichtlich des ruhigen und würdigen Verlaufs der Versammlung. Die Mitglieder sind eben vorsichtig genug, nur solche Kolleginnen und Kollegen als Delegierte zu entsenden, von denen sie überzeugt sein dürfen, daß sie praktische Arbeit leisten wollen.

An der Tätigkeit der Verwaltung wurde keinerlei Kritik geübt, obgleich das verflossene Jahr wahrlich nicht allzuviel Gutes gebracht hat —

Aus dem Jahresbericht selbst sei nur erwähnt, daß es trotz der schweren Zeit der Not gelungen ist, den Mitgliederbestand ziemlich stabil zu halten; auch die Kassenverhältnisse ruhen insoweit auf gesunder Basis, als es im vierten Quartal gelungen ist, einen Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben herbeizuführen. Vor dem Arbeitsgericht gelang es u. a., durch 535 Klagen 40 600 M. für die Mitglieder zu retten und 76 Wiedereinstellungen zu erzielen.

Vor der eignen Tür! ...

KPD.-Presse und Buchdrucker

Die kommunistische „Welt am Abend“ regt sich mächtig darüber auf, weil in der Druckerei des „Vorwärts“ gegenwärtig über die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden verhandelt wird. Wir betonen ausdrücklich, daß verhandelt und nicht, wie es in den kommunistischen Druckereien üblich ist, diktiert wird.

Es erübrigt sich, auf die Einzelheiten des Artikels einzugehen, die zum guten Teil falsch sind. Falsch ist z. B., daß die Belegschaft seinerzeit an die Geschäftsleitung herangetreten sei und von ihr die Einführung der 40-Stunden-Woche gefordert habe, während diese sich für desinteressiert erklärt hätte, und zwar weil sie einen Lohnausgleich nicht zahlen könne und andererseits der Belegschaft einen Lohnabbau von 16 Proz. nicht zumuten wolle. Tatsächlich war es die Geschäftsleitung, die den Vorschlag gemacht hat, die Arbeitszeit auf 40 Stunden herabzusetzen und gleichzeitig einen teilweisen Lohnausgleich angeboten hat. Ueber die Höhe des Lohnausgleichs ist man sich damals nicht einig geworden.

Nun wird aufs neue verhandelt. Diese Verhandlungen laufen noch, und es kann also über das Ergebnis heute eine Voraussage nicht gemacht werden.

Da die kommunistische Presse aber sich so eifrig der Belegschaft des „Vorwärts“ annimmt, die Manns genug ist, um sich selbst zu verteidigen, empfehlen wir ihr, wenigstens einen Teil dieses Eifers für die Belegschaften der kommunistischen Presse aufzubringen. Dort wird 54 Stunden gearbeitet, gezahlt werden aber nur 48 Stunden die Woche. Was aus den arbeitslosen Buchdruckern wird, ist der KPD. höchst gleichgültig. Wer sich dem Diktat der kommunistischen Geschäftsleitung nicht fügte, der flog.

Wir gestehen gerne zu, daß in der „Vorwärts“-Druckerei andere Gepflogenheiten üblich sind, und daß die Geschäftsleitung der „Vorwärts“-Druckerei nicht daran denkt, etwa die diktatorischen Methoden der Geschäftsleitungen der kommunistischen Presse einzuführen.

Unterstützte Arbeitslose in Frankreich wurden am letzten Stichtag 284 349 gezählt, 7240 mehr als in der vorhergehenden Woche. Beneidenswerter Zustand!

Hierzu 1 Beilage.

Am Sonnabend, dem 14. Januar, entschlief sanft nach langem, schwerem, mit großer Geduld und goldenem Humor ertragenen Leiden der Faktor

Otto Schulz

Dies zeigen tiefbetrübt an

Elisabeth Dreßner
und Bruder
Hermann Schulz

Die Einäscherung findet am Donnerstag, dem 19. Januar, nachmittags 6 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todesanzeige
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher

Wilhelm Knoll

geboren 30. Juni 1890, am 14. Januar gestorben ist.

Ehre seinem Andenken

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 20. Januar, 15 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Nazareth-Kirchhofes in Reinickendorf-West, Kögelstraße, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Bekanntmachung.

Die in der Zeit vom 2. Januar bis 31. März 1932 verfallenen Pfänder sind versteigert worden. Ueberschüsse sind bis zum 18. Januar 1934 abzuheben.

Staatliches Leihamt.

Verkäufe

Tapeten Zillat, Kolonistraße 9

Kochherde jeder Art u. Größe Riesenauswahl. Teilzahlung transportable Kochelöfen Badewannen-Oefen Kesselöfen. Die alte Firma Semmler und Bleuberg Dresdenerstraße 90. Jannowitz F 7 6651.

Linoleum Zillat, Kolonistraße 9.

Kleidungsstücke, Wäsche usw.

Leihhaus Lowicki verkauft zu unglaublich billigen Preisen wenig getragene sowie neue Herrengarderobe Herren- u. Damenpelze. Weitester Weg lohnt. Keine Lombardware. Prinzenstraße 105, eine Treppe.

Polen für Zimmerer und Maurer. Wilhelm Zahr, Brunnenstraße 78.

Möbel

Totalausverkauf wegen Geschäftsaufgabe. Großer Posten Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, fabrikneue Qualitätsware, verschiedene Größen und Holzarten, zu Schleuderpreisen. Schlafzimmer, Schwedenbirke, hochglanzpoliert, 200 breit, 400,—. Eiche, 180 breit, 275,—. Modernes Speisezimmer 275,—. Küchen 80,—. Ankleideschränke, Kaukasisch-Nußbaum, Innenspiegel, 85,—. Gebrauchte Möbel. Schlafzimmer 120,—. Ankleideschrank 65,—. Einzelmöbel, Polsterwaren, Klubmöbel, Dielenmöbel. Möbelspeicher. Monbijouplatz 10.

Patentmatratzen „Primissima“ Auflegematratzen Metallbetten Chaiselongues. Walter Stargarder Straße achtzehn. Spezialgeschäft.

Schlafzimmer 190,— bis 850,—. Frisiertoiletten 25,—. Waschkommoden 75,—. Möbelpolierwerkstätten Möbelgroßlager Kamerling, Kastanienallee 56 (Ecke Fehrbellinerstraße). Kassaverkauf auch Teilzahlung.

Musikinstrumente

Prachtpianos, zehnjährige Garantie 600,—. Gebrauchte 150,—. Monatsraten 15,—. Reparaturen. Stimmungen. Angerhöfers Pianofabrik Große Frankfurter Straße 48, Kirchdurchgang.

Einkpianos, gute gebrauchte, ab 150,—. Reparaturen polieren und modernisieren. Philipp Link, Brunnenstraße 35.

Nähmaschinen

Nähmaschinen, neu und gebraucht Kottbusser Damm 70—71.

Fahrräder

Qualitätsräder und Bereifungen spottbillig. Grob, Oranienstraße 120.

Fahrraddecken 0.95, Schläuche 0.45, Ketten 0.70, Sättel 2,—. Einzelne Pedalen 0.35. Vorderräder 2.50. Schutzbleche 0.60. Rahmen 14,—. Knaben 2.50 Großakku 3.50. Schönleinstraße 2.

Kaufgesuche

Goldsachenankauf, Goldbruch, höchstzahlend. Invalidenstraße neununddreißig, Hofladen.

Zahngebisse, Platinabfälle, Quecksilber, Zinnmetalle, Silberschmelze Goldschmelzerei Christionat, Köpenickerstraße 20a (Haltestelle Köpenickerbrücke)

Klaviere kauft Lützow 218. Barzahlung.

Zahngebißbrücken, Goldbruchabfälle, Platinbruchsachen. Silberschmelzerei Christionat, Köpenickerstr. 20a (Haltestelle Manteuffelstraße).

Umzüge Fuhrwesen

Autoumzüge, Stadt-, Ferntransporte billigst. Kurfürst 1408.

Vermietungen

Wohnungen

Neubauwohnung. Großes Zimmer, Küche gemeinsames Bad, 35,—, mit Balkon 40,—. 2 Zimmer 55,— Mark. Friedrichsfelde, Delbrückstraße 17.

Zimmer

Großes, möbliertes Zimmer, mit Kochgelegenheit, sehr preiswert zu vermieten. Gute Fahrgelegenheiten. Krone, Schöneberg, Tempelhoferstr. 16, vorn III.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal. Illustrierte Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“. / Bezugspreise: Wöchentlich 75 Pf., monatlich 3,25 M. (davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 3,97 M. einschließlich 60 Pf. Postzeitungs- und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 5,65 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucksachenporto 4,65 M. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt besteht kein Anspruch der Abonnenten auf Ersatz. / Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeterzeile 30 Pf. Reklamezeile 1,50 M. „Kleine Anzeigen“ das fettgedruckte Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Rabatt laut Tarif. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Millimeterzeile 25 Pf. Familienanzeigen Millimeterzeile 16 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstr. 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor. / Verantwortlich für Politik: Rudolf Bernhemühl; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Herbert Lepère; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Otto Hengst; sämtlich in Berlin. / Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.